

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengespaltene Beilagen oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Freitag, den 7. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

## Das Wiesbadener Abkommen

Berlin, 7. Oktober.

Halbamtlich wird mitgeteilt:  
Die Minister Dr. Rathenau und Loucheur haben gestern in Wiesbaden in Vollmacht ihrer Regierungen das Abkommen über deutsche Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

In dem Hauptabkommen bekunden die beiden Regierungen ihren Willen, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferungen bzw. Bestellungen von Einrichtungs- und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu wirken. Es handelt sich mithin um Sachlieferungen im Sinne der Anlage IV des Teiles VIII des Friedensvertrages. Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch privatrechtliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisationen laufen neben den Lieferungen des Reiches aus Anlage III Schiffe, Anlage V Kohlen und Rohprodukte, Anlage VI Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Produkte zu Teil VIII des Friedensvertrages. Zu dem Verfahren der Anlage IV zu Teil VIII des Friedensvertrages kann nach einer Kündigungsfrist von einem Jahre zurückgekehrt werden. Die deutsche Regierung darf jedoch diese Kündigung frühestens am 1. Mai 1923 für den 1. Mai 1924 aussprechen. Für die Lieferungen aus dem Abkommen gilt die Einschränkung, daß Frankreich diese lediglich für Zwecke des Wiederaufbaues verwenden darf. Die zugunsten Deutschlands bzw. der Lieferungsorganisationen auf Grund des Abkommens entstehenden Kredite und die dieser Organisation gehörenden in Frankreich befindlichen Waren und Barbeträge sind den im § 18 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages eventuell vorgesehenen Zugriffen Frankreichs entzogen. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffverbesserung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der gesamte Wert der Lieferungen auf Grund der Anlagen III, V und VI zu Teil VIII des Friedensvertrages und der Lieferungen auf Grund des Abkommens soll bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten.

Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbar freie Vereinbarungen der deutschen und französischen Organisationen. Für den Fall, daß eine Vereinbarung nicht zustande kommt, ist zwischen sogenannten marchandises banales und den sogenannten marchandises speciales zu unterscheiden. Unter ersteren werden Waren von fungibler Art, wie Holz, Glas und dergleichen, sowie Seriergegenstände verstanden. Unter letzteren solche Waren, bei denen es dem Besteller auf den besonderen Charakter des Einzelstückes ankommt, wie industrielle Einrichtungen, Maschinen usw. Beim sogenannten Banalmaterial entscheidet bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung die Kommission über Lieferungs-möglichkeit und Preis, Transport-, Lieferungs- und Abnahme-Bedingungen endgültig. Die Kommission setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern, einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten gemeinsam bestimmten oder vom schweizerischen Bundespräsidenten ernannten Person.

Für die Preisfestsetzung, soweit sie nicht in freier Vereinbarung erfolgt, stellt die Kommission vierteljährlich ein Preisverzeichnis für alle in Frage kommenden Gegenstände aus, das ungefähr den französischen normalen Inlandspreisen der Erzeugnisse abzüglich der französischen Zollgebühren und der Transportkosten des betreffenden Vierteljahres entspricht. Ist der in dem Preisverzeichnis festgestellte Preis niedriger als der gleiche Preis für die gleichen Waren in Deutschland, so ist Deutschland nur verpflichtet zu liefern, soweit diese Preisdifferenz nicht größer als 5 Prozent ist. Der Wert dieser Verlustlieferungen wiederum kann höchstens 5 Prozent des Gesamtwertes der Lieferungen des betreffenden Vierteljahres betragen. Kommt für Spezialmaterial eine Verständigung nicht zustande, so kann die französische Regierung auf das Lieferungsverfahren nach Anlage I zu Teil VIII des Friedensvertrages zurückgreifen, jedoch nur, soweit wie Gegenstände in den an Deutschland früher übergebenen Listen bereits enthalten sind.

Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisation geschehen durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf Entschädigungskonto gutgeschrieben. Dabei unterscheidet das Abkommen drei Zeitabschnitte; bis 1. Mai 1926, bis 1. Mai 1936 und die Folgezeit. Die Lieferungen im ersten Zeitabschnitt werden Deutschland nicht im vollen Werte, sondern nur mit 80 v. H. des Wertes gutgeschrieben. Beträgt der Wert der Lieferungen aus dem Abkommen in einem Jahre weniger

als 1 Milliarde Goldmark, so werden in diesem Jahre 45 v. H. des Wertes dieser Lieferungen gutgeschrieben. Der Höchstbetrag der Deutschland in einem Jahre einschließlich der Lieferungen aus Anlage III, V und VI zu Teil VIII des Friedensvertrages gutgeschrieben werden darf, ist eine Milliarde Goldmark. Der Betrag des in den einzelnen Jahren nicht gutgeschriebenen Wertes der Lieferungen trägt einfache Zinsen zu 5 v. H. Am 1. Mai 1926 werden die Restbeträge zusammengerechnet. Die so gewonnene Summe ist in zehn gleichen Jahresraten bis zum 1. Mai 1936 nebst den fällig werdenden einfachen Zinsen gutzuschreiben. Bei den Lieferungen vom 1. Mai 1926 ab wird grundsätzlich der volle Wert (nicht nur 85 bzw. 45 v. H.) gutgeschrieben, jedoch darf die jährliche Gutschrift, einschließlich der fälligen Jahresraten aus den Restbeträgen der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1926 zusammen mit dem Wert von Lieferungen aus den Anlagen III, V und VI, soweit sie nicht bis dahin erledigt sind, auch jetzt 1 Milliarde Goldmark nicht überschreiten. Beträgt der Gesamtwert der Lieferungen mehr als 7 Milliarden bis zum 1. Mai 1926, so ist der überschreitende Betrag innerhalb drei Monaten ab 1. Mai 1926 Deutschland voll gutzuschreiben, ohne Rücksicht auf die Regelung der sonstigen Gutschriften. Am 1. Mai 1936 ist wiederum festzustellen, welche Beträge etwa Deutschland noch gut hat. Dieser Saldo ist, nebst 5 v. H. Zinsen und Zinseszinsen in vier halben Jahresraten 1936 und 1937 abzutragen. Alle Gutschriftbestimmungen gelten mit der Maßgabe, daß keine Jahresgutschrift höher sein darf als (52 v. H.) der gemäß Artikel 4 des Londoner Zahlungsplanes zur Verteilung unter die Alliierten gelangenden deutschen Annuität. Vom 1. Mai 1936 ab kann Deutschland alle Lieferungen ablehnen, soweit durch ihre Ausführung der von Frankreich in einem Jahre außerplanmäßig gutzuschreibende Betrag (52 v. H. der Annuität) überschritten werden würde.

Wiesbaden, 7. Oktober.

Zur Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens wird noch gemeldet:

In Zweifelsfällen und bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Wortlaut des französischen Textes des Wiesbadener Abkommens. Bezüglich der vier Nebenabkommen, die bekanntlich die Kohlenrohpreise, die Rückgabe von rollendem Material, Maschinen usw. betreffen, sind noch einige textliche Differenzen vorhanden, die man in der Sitzung am Freitag vormittag zu beheben hofft.

### Pressestimmen zum Wiesbadener Abkommen.

Berlin, 7. Oktober. (Telunion).

Der „Vorwärts“ urteilt: Das Abkommen von Wiesbaden ist nur eine Ausführung des Dokumentes von Versailles. Gewiß, aber der Geist von Wiesbaden ist nicht mehr der Geist von Versailles.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erklärt: Bei einer verständnisvollen Durchführung des neuen Reparationsplanes dürfte die deutsche Industrie wohl imstande sein, die übernommenen Lieferungen im Gesamtwerte von zunächst 7 Milliarden zu leisten.

Nach der „Börs. Ztg.“ ist der Vertrag von Wiesbaden ein großer europäischer Erfolg, weil er neue praktische und wahrscheinlich die praktisch einzig möglichen Voraussetzungen für die Wiederkehr eines wirklichen Friedens schafft.

### Panik in Wien.

Wien, 6. Oktober.

In Wien herrscht seit zwei Tagen ausgebrochene Panikstimmung, die nicht nur an der Börse, sondern auch im großen Publikum um sich greift, das alles unternimmt, um die österreichischen Kronen loszuwerden. Alle Geschäfte der Stadt sind überfüllt, denn es wird alles verkauft, was überhaupt zu haben ist, nicht nur Lebensmittel, sondern auch Schuhe, Kleider, Möbel zu jedem beliebigen Preis. Infolgedessen gehen die Preise ununterbrochen sprunghaft in die Höhe. Diese Stimmung wird noch durch immer stärker auftretende Gerüchte verstärkt, daß die ungarischen Inflationisten ihre Rüstungen verhärteten und möglichst weit schon in den nächsten Tagen einen Überfall auf Österreich versuchen würden. Diese Meinung wird auch in Regierungskreisen geteilt. Die Truppen an der Grenze werden verhärtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle eines derartigen ungarischen Überfalles auch ein großer Teil der Arbeiterschaft zu den Waffen greifen würde. Die ungarischen Inflationisten halten seit gestern die an der Grenze gelegene Stadt Buda ununterbrochen unter Gewehr- und Maschinen-

## Beginnende Klärung in der Koalitionsfrage.

Die Frage der Erweiterung der Regierung Wirth beginnt sich mehr und mehr zu entwirren. Der Parteivorstand hat sich mit den teilweise so lächerlichen Rückfragen der Demokraten und des Zentrums gestern beschäftigt; er hat es abgelehnt, die Rolle eines vermittelnden Ausragers der USPD zu übernehmen. Da die USPD die Teilnahme an der Regierung mit bürgerlichen Parteien zusammen nicht grundsätzlich ablehnt, und da ihre Bedingungen mit unseren annähernd übereinstimmen, ist für uns der hier schon gestern angebotene Weg der einzig gangbare: Alleinverhandlungen mit der USPD.

Sollten diese Verhandlungen die Bereitschaft der Unabhängigen erweisen, in der Regierung Wirth positiv mitzuarbeiten, so ist die Frage der Verbreiterung der jetzigen Koalition nach rechts entschieden. Denn die Volkspartei, die jedes Zusammengehen mit der USPD ablehnt, wird nicht verlangen, daß wir Stinnes oder Stresemann zuliebe die begonnene Annäherung der beiden sozialistischen Parteien wieder ersticken. Und auch die Demokraten und das Zentrum werden ein solches Anstehen an uns nicht stellen können. Sie haben jetzt die Wahl: USPD oder Volkspartei; sie mögen aber damit rechnen, daß sie mit der Ablehnung der USPD auch gleichzeitig uns zurückstoßen.

SPD-Drachbericht. Berlin, 6. Oktober.

Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung im Reich ist durch die sonderbare Antwort des Zentrums und der Demokraten in eine Sackgasse geleitet worden. Es war selbstverständlich, daß der Parteivorstand es ablehnen mußte, den bürgerlichen Koalitionsparteien zuliebe als Examinator der USPD aufzutreten. Der sozialdemokratische Parteivorstand, der sich am Donnerstag vormittag mit dem Rückfragen der in Frage kommenden bürgerlichen Parteien beschäftigte, denkt nicht daran, durch Rückfrage an die USPD den Demokraten und dem Zentrum die notwendigen Zusätze zu geben. Bisher hat die Sozialdemokratie alles getan, um die Regierungskoalition im Reich auf eine Grundlage zu stellen, durch die jede Schwierigkeiten, mit denen das Kabinett Wirth zu rechnen hatte, gehoben werden. Man kann aber von ihr nicht verlangen, daß sie Handlangerdienste verrichtet und sich auf Grund einer deutlich sichtbaren Verlegenheit innerhalb der bürgerlichen Parteien mißbrauchen läßt. Durch dieses Verhalten dem Zentrum und den Demokraten gegenüber kann die erste Annäherung zwischen unserer Partei und den unabhängigen Sozialdemokraten nur gefördert werden. Die Unabhängigen haben in ihrem Antwortschreiben an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien nicht grundsätzlich abgelehnt, vielmehr durch die Art ihrer Bedingungen und die Form ihres Briefes zu verstehen gegeben, daß sie seit dem Leipziger Parteitag wesentlich umgelernt haben. Aber erst wenn sie klar und ausdrücklich sich bereit zeigen, in das Kabinett Wirth einzutreten, sind die Unabhängigen berechtigt, künftighin an der Stellungnahme der einen oder anderen Partei Kritik zu üben. Sagt die USPD zu, in das augenblickliche Kabinett einzutreten, dann wird man auch innerhalb des Zentrums und der Demokraten nicht erwarten, daß wir die Unabhängigen fallen lassen, um mit der Volkspartei, die bereits heute klipp und klar jede Koalition in Gemeinschaft mit der USPD ablehnt, zu verhandeln.

In Preußen.

SPD-Drachbericht. Berlin, 6. Oktober.

Aus den für vertraulich erklärten interfraktionellen Besprechungen mehrerer preussischer Landtagsfraktionen über die Frage der preussischen Regierungsumbildung wird „amtlich“ mitgeteilt, daß in der Besprechung ein Abschluß noch nicht erzielt wurde, aber Übereinstimmung sich in einigen grundlegenden Fragen gezeigt habe.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Unterhändler sich in der freundschaftlichsten Weise unterhalten und daß sich SPD und Volkspartei nicht Grobheiten gesagt haben; aber wie weit die Eintracht geht, zeigt schon die Tatsache, daß die nächste Sitzung auf Mitte nächster Woche verschoben wurde. Man kann daraus ohne weiteres schließen, daß die bürgerlichen Parteien bei ihrem Willen geblieben sind, die Frage in Preußen und im Reich gleichzeitig erledigen zu wollen. Daß die Demokraten diesen Wunsch haben, ist selbstverständlich. Auch das Zentrum will bekanntlich die gleichzeitige Erledigung und es soll sich in der gestrigen Besprechung sehr hartnäckig für diesen Wunsch eingesetzt haben. Demgegenüber gedenkt die Sozialdemokratie die preussische Regierungsfrage ohne Rücksicht auf das Reich zu erledigen und man kann schlecht annehmen, daß sie während der interfraktionellen Beratungen einen andern Standpunkt vertreten hat.



# Neue Enthüllungen über den Kriegsausbruch.

## Der Kaiser hilflos und geschwächt.

Der bekannte Anthroposoph Dr. Rudolf Steiner war lang befreundet mit Moltke, der zur Zeit des Kriegsausbruches den Generalstab leitete. In den verhängnisvollen Julitagen von 1914 war er viel zusammen mit Moltke. Während dieses Umganges hat Steiner von dem Generalstabschef Einzelheiten erfahren über die Verirrung in der wilhelminischen Regierung, die ganz ungeschwächt ist. In einer Unterredung mit dem bekannten Berichterstatter des „Matin“, Jules Sauerwein, erzählte Steiner darüber folgendes:

Ende Juni 1914 ging Moltke, der seit 1905 Chef des Generalstabs war, zur Kur nach Karlsbad. Er kehrte erst nach dem Ultimatum an Serbien nach Berlin zurück und sah nun voraus, was kommen würde. Das Eingreifen Frankreichs und Englands in einen Krieg mit Russland erschien ihm als sicher. Er schrieb deshalb ein Memorandum für den Kaiser, das seine Operationspläne darlegte. Es war der alte Plan Schlieffens, aber mit einer Änderung: Schlieffen wollte den Angriff gleichzeitig durch Belgien und Holland dirigieren, Moltke schlug aber vor, Holland zu verschonen, damit im Falle einer Blockade Deutschland nicht abgeschnitten werde. Als er im Laufe des Freitags, den 30. Juli, im Schloss eintraf, fand er nur Leute, die den Kopf verloren hatten. Er war noch imstande, einen Beschluß zu fassen. Er verlangte vom Kaiser, den Befehl zur Mobilisation zu geben. Der Kaiser aber wollte an diesem Tage zunächst nur den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ verkünden lassen. Am nächsten Tage, am Sonnabend 4 Uhr nachmittags, wurde Moltke von neuem zum Kaiser berufen. Er fand Wilhelm II. in Gesellschaft von Bethmann Hollweg, dem buchstäblich die Knie zitterten, des Kriegsministers v. Falkenhayn, der Generale v. Pleffen und anderen. Der Kaiser sprach sich mit großer Lebhaftigkeit gegen Moltkes Plan aus. Er sagte, daß er Nachrichten erhalten habe, wonach England neutral bleiben würde und auch Frankreich verhindern würde, sich am Kriege zu beteiligen. Die ganze Armee müsse gegen Russland marschieren. Moltke aber habe die Unterschrift des Kaisers unter den Mobilisationsbefehl durchgesetzt und ihn so schnell wie möglich realisiert. Als er sich zu diesem Zwecke entfernte, habe ihn ein kaiserliches Automobil zurückgeholt, er habe aber vorsichtigerweise den Mobilisationsbefehl gleich weitergegeben. Der Kaiser indes habe an die verbliebenen Hauptquartiere der Armee telephonieren lassen, das deutsche Heer solle wenigstens eine Marschkolonie von der französischen Grenze entfernt bleiben. Und jetzt sei Moltke „völlig niedergebrosen“, habe jedoch die Gegenzeichnung der kaiserlichen Anordnung verweigert. Dann heißt es weiter:

„Bis 10 Uhr abends bleibt er in diesem Zustand. Um 10 Uhr läßt ihn der Kaiser wiederum rufen. Wilhelm II. hat sich bereits zu Bett begeben. Er steht in Unterhosen auf, nimmt einen Schlafrock über und hält eine Rede. Es liege ein Mißverständnis vor. Er habe jetzt ein neues Telegramm vom König von England erhalten, in dem dieser erklärt, er könne weder für England, noch für Frankreich bindende Zusagen machen. Der Kaiser schließt mit den Worten: „Machen Sie jetzt, was Sie wollen.“ Damit jängt also der Krieg an.

Den Ausgang der Marne-Schlacht sah Moltke als „ein erschütterndes Vorzeichen“ an. Er gab den Krieg verloren und machte nach Steiner bereits Mitte September den Eindruck eines kranken Mannes. Weiter heißt es:

„Einige Tage später suchte der Kaiser Moltke auf, der zu Bett lag. Der General richtete die Frage an den Kaiser: „Bin ich es eigentlich immer noch, der die Operationen leitet?“ — „Ja glaube mir, daß Sie es sind,“ antwortete der Kaiser. So habe also drei Wochen lang der Kaiser nicht

gerührt, wer der eigentliche Chef seiner Truppen war; und dieser selbst auch nicht. Ein weiteres Beispiel für die Meinung, die man in der Umgebung des Kaisers über diesen hatte, gab Moltke, als Steiner ihm zum ersten Male von dem Angriffsplan durch Belgien gesprochen, und gefragt habe: „Wie ist es möglich, daß ein Kriegsminister im Reichstag erklären konnte, daß ein solcher Plan nicht besteht?“ — „Dieser Minister“, antwortete Moltke, „kannte meinen Plan nicht. Nur der Kaiser war auf dem laufenden.“ — „Und der Kaiser?“ — „Niemals!“ erwiderte Moltke energisch. „Der war viel zu geschwächt und zu indiskret, er hätte ihn der ganzen Welt erzählt.“

Zum Charakterbild des davongelaufenen Kaisers fügen diese Enthüllungen ja kaum noch einen neuen Zug. Aber daß auch die ganze Regierung einschließlich der militärischen Oberleitung in einem so total verlotterten Zustand sich befunden hat, das macht sie zu einem neuen Glied in der Kette der Beweise, daß alles so kommen mußte, wie alles gekommen ist.

## Sozialistische Regierung in Thüringen.

Sena, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag ist in Weimar der neugewählte Thüringische Landtag zusammengetreten. Die Wahl am 11. September hatte in Anbetracht des großen Erfolges eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit ergeben. Die Schwierigkeiten einer sozialistischen Regierungsbildung waren trotzdem nicht gering, da die Kommunisten zunächst nicht die von der sozialdemokratischen Partei geforderten Garantien bieten wollten. Bei einer am 5. Oktober stattgefundenen interfraktionellen Sitzung, zu der unter Landtagspräsident die Initiative ergriffen hatte, und zu der die Kommunisten auch ihre Berliner Zentralkommission mitgebracht hatten, ist in verhältnismäßig kurzer Beratung dennoch eine Übereinstimmung zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung erzielt worden. Die Kommunisten haben ihre ganze Vergangenheit preisgegeben. Zwar lehnten sie die von unserer Partei geforderte aktive Beteiligung an der Regierung ab, erklärten sich dann aber in aller Form bereit, eine aus Sozialdemokraten beider Richtungen bestehende Regierung zu bilden und zu unterstützen. Auf Ersuchen der Sozialdemokratie haben die Kommunisten diese Unterstützung näher und zwar so umschrieben, daß diese Erklärung sowohl den Erfordernissen der S. P. D. wie der U. S. P. entspricht. Die bisherige Regierung bestand aus Sozialdemokraten, Demokraten und Sachministern. Die neue Regierung wird aus Sozialdemokraten ohne Sachminister bestehen. In der heutigen Landtagsitzung wurde als Präsident Hermann Weber gewählt. Die Wahl der Landesregierung wird in den nächsten Tagen erfolgen. Der Genosse Fröhlich, bisher Wirtschaftsminister, wird dieses Ministerium ferner behalten, wie auch der Genosse von Brandenstein das Ministerium des Inneren.

In einer am Mittwoch abend, 5. Oktober, stattgefundenen, äußerst stark besuchten Versammlung der Senaer Ortsgruppe der Sozialdemokratie, die sich mit dem Sörlitzer Beschluß befaßte, wurde untenstehende Entschließung mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. In der Entschließung heißt es u. a.:

„Die Ortsgruppe Sena der Sozialdemokratie stellt sich auf dem Boden des neuen Sörlitzer Programms. Die darin analysierte Wirtschaftsentwicklung macht, wie ausdrücklich gelagt wird, den Klassenkampf zur geschichtlichen Notwendigkeit. Voraussetzung in diesem Kampfe ist die Zusammenfassung aller

Schichten der Hand- und Kopfarbeiter. Ein unzulängliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist jedoch die Bildung von Koalitionsregierungen mit der kapitalistisch orientierten Deutschen Volkspartei. Die seitens unserer Reichstagsfraktion erfolgte Anfrage an die U. S. P., wie sich diese zur Regierungsbildung stelle, begrüßen wir. Fordern müssen wir ferner, daß der Parteivorstand in Zukunft von Ueberrumpelungen, wie in Öbriitz ablieht, dagegen allen Parteigenossen im Reiche aus demokratischen Gründen vorher Gelegenheit gibt, zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.“

## Absage der oberschlesischen polnischen Insurgenten an Polen.

Kattowitz, 7. Oktober.

Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten, der seit einigen Tagen seinen Sitz von Beuthen nach Oppeln verlegt hat, erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Eine Vereinigung unseres oberschlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat. Der Kongreßpolen ist nicht unser Bruder. Wir wollen los von Warschau. Hinaus mit den Kongreßpolen aus Oberschlesien! Das ist die Forderung von über 8000 oberschlesischen polnischen Insurgenten.

## Der eilende Oberreichsanwalt.

### Stedbrief gegen die Rabbinen.

W. B. meldet aus Leipzig: Der Oberreichsanwalt erläßt Stedbriefe wegen Hochverrats gegen den General und Landtagsdirektor Rapp aus Königsberg, Major a. D. B a b s t, Oberst a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler G. M. Schiele aus Naumburg a. d. Saale, Schriftsteller Karl Schmitzler, Schriftsteller Trebitsch-Lincoln, General der Infanterie a. D. Freiherrn v. A l t t w i g, Korvettenkapitän C h r h a r d t. Die Reichsregierung setzt eine Belohnung bis 50 000 M. aus für den, der zur Aufklärung des Sachverhaltes oder zur Ergreifung eines der Flüchtlinge und Angehuldigten beiträgt.

Spät kommt er, doch er kommt. Der Oberreichsanwalt nämlich und sein Stedbrief gegen die Rapp und Genossen. Am 13. März 1920 wird gepostet, und am 6. Oktober 1921 wird gegen die Herren Putzschisten ein Stedbrief erlassen. Trotz dieser seiner väterlichen Milde wird der Herr Staatsanwalt von verschiedenen Seiten scharf angegriffen; nämlich von den stillen Verehrern der Rappgenossen. In der Königstraße werden allerhand Purzelbäume vorgeführt, die beweisen sollen, daß Rapp eigentlich belohnt werden müßte, weil er Deutschland ja „bessern“ wollte; während die Abwehler des Rapp-Putzsches die eigentliche Strafe verdient haben. Es gibt geistige Höhen in der Königstraße, die normale Menschen nicht erklettern können.

## Löbe über die politische Lage.

Reichspräsident Gen. Löbe äußerte sich in einer vom „Matin“ veröffentlichten Unterredung über die gegenwärtige innenpolitische Lage des Reiches folgendermaßen: Der Reichskanzler war es, der als erster den Gedanken einer Umbildung der Regierung faßte. Er wollte in der Tat die Ausführung der von der Entente auferlegten Reparationen erleichtern, indem er die Industriellen auf dieser Aufgabe und zur Übernahme der Verantwortlichkeit heranzuziehen beabsichtigte. Die Idee, die Regierungskoalition zu verbreitern, die aus außenpolitischen Erwägungen entgegen war, begegnete aber ernsthaften Schwierigkeiten innerpolitischer Natur. Zunächst weigerten sich die Mehrheitssozialisten kategorisch, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. Sie vollzogen dann aber einen Wechsel in ihrer Haltung, als sie sich Rechenschaft gaben, daß man dem Kaiser jede Möglichkeit an die Hand geben mußte, das Londoner Ultimatum zu erfüllen, das ja gerade der Pöbelgrund für das Kabinett Wirth ist. Was

## Berliner Brief.

Bierkrieg. — Kellnerstreik. — Bismarckbesuche.

Berlin, den 6. Oktober.

Es ist nicht der Sturm im Wasserglase, der augenblicklich die Nichttemperenzler von Berlin im Atem hält, nein, es ist der Sturm im Bierglase. Die Wirte Berlins führen einen Zweifrontenkrieg: einen gegen die Kellner, die neue Forderungen eingereicht hatten und einen gegen die Brauereien, die den Bierpreis am 30. März pro Hektoliter erhöhen wollen oder schon erhöht haben. Der Kellnerstreik leerte vom Sonnabend mittag an die Lokale, die auf Kellnerbedienung angewiesen sind. In einer der Kellner-Gaststätten legte der Streik Punkt 12 Uhr ein, als gerade der Strom der Hungerigen sich in das Haus zu ergießen anfing. Da hier täglich mittags ein paar tausend Personen verpflegt werden, kann man sich die Zustände in der Kellnerküche vorstellen, als die ungeheuren Portionen, die auf den Herden kochten und schmorten, nicht mehr zerleinert und nach den Tischen der Mittagsgäste gebracht werden konnten. Der Koch — Verzeihung: der „Küchenchef“ — soll inmitten seines Überflusses an nicht abtransportierbaren Braten und Tanken, Suppen und Salaten ein unglücklicheres Geschick gemacht haben als wüßte, der gerade unter dem Mangel an solchen ehernen Kunstwerken leidet. Auf der Betrieb in den Hotels aller Ränge erlitt eine ganz erhebliche Einschränkung. Eins der größten und „vornehmsten“, das „Adlon“, ging dem Kampfe aus dem Wege, indem es die Forderungen der Kellner bewilligte. Der Wirtierung will nun, daß Herr Adlon nicht nur die Mehrkosten trage, die die Bewilligung bedingt, er soll auch eine Kommissionsstrafe im Betrage von 50 000 Mark entrichten, zu deren Zahlung er im Falle der Bewilligung entsprechend der Größe seines Betriebes verpflichtet sei. Wenn nun auch die Gäste des Hotels Adlon, weiß Leute von der Kategorie, Preise zahlen können, bei denen sich die Bedienung die Köpfe nicht mit einer Bruchrechnung zu zerbrechen braucht, so sind doch dreimalhunderttausend Mark ein hübscher Großsumme Geld, um den es sich schon lohnt, wie Herr Adlon getan hat, den Weg zu einem mit den Feinheiten des Zivilrechts durchaus vertrauten Wirt zu machen. Aber der größte Teil der sonst so einflussreichen Hotelpresse liegt tot und leer und es ist mittags und abends die halbe Muffel des Schüssel- und Tellerlappens in hohen Ständen zur Decke schlägt, liegen jetzt die Stühle auf dem Tisch und ein wenig unruhiger Nichtwirtsler zeigt der Fiskus auf dem imperativen Ständer, das niemand höherer zu verzeihen weiß, als ein richtiger Berliner Kellnerstreik, des wegen Gerücht der letzten Schalter. Davon ist aber kein Mensch hat geworden. Es war keine Gekochtheit, daß man von Berlin, daß der Hunger ein ch! so ungeschwächt Gefühl ist, wegen einer

Adresse angesprochen worden, wo man keiner Körpermaschine das notwendige Brennmaterial zuführen könne. Ein guter Freund schilderte mir sehr lebendig, wie er einen höchst distinguiert aussehenden Herrn auf eine solche Bitte hin nach einer Arbeiterwerkstatt im Osten geschickt habe. Der Gentleman war im ersten Augenblick ziemlich betroffen, als er seinen Pflanzentisch mit aufgetrennten Hemdsärmeln hinter dem Wirtischen Gläser spülen und an den Tischen Arbeiter aller Kategorien sitzen sah. Er soll sich aber mit seiner Umgebung sofort ausgehört haben, als ihm die Wirtin ein mit Bedacht ausgeführtes Eisbein mit Sauerkraut servierte. Der Gast soll nicht schlecht eingehauen haben. Ich gehe nicht soweit, wie vielleicht ein verspäteter Jünger des seligen Heppredigers Sieder gehen würde, von derartigen Streikwirkungen eine Annäherung der Klassen zu erwarten, aber eine Höher-schätzung des Kellnerberufes wird bei manchem, der jetzt unter der Arbeitseinstellung gelitten hat, wahrscheinlich lange Zeit nachwirken.

Die Frage, welche Aussicht die Wirte haben, den Kampf gegen die Preiserhöhung der Berliner Brauereien siegreich zu bestehen, wird verschieden beantwortet. Die Wirte berufen sich vor allen Dingen darauf, daß seit den letzten Preiserhöhungen der Bierkonsum derart zurückgegangen sei, daß man nach dem neuesten Angriff auf die Läden der Biertrinker mit einem G a s t r e i t rechnen müsse, wenn man nicht zur Abwehr greife. Es sei vom Bierkonsumpunkt nicht notwendig, daß man durch stillschweigende Annahme der Erhöhung die augenblicklich äußerst rege und von stützlichen Erfolgen begleitete Agitation der Abstinenten unterlasse. Die Wirtorganisation ist denn auch gehörig auf dem Posten. Es fährt kaum einer der Wagenfahrer, Schultheiß- oder Wägen-Wagen durch die Stadt, ohne daß ihm in gemessener Entfernung ein paar weiß bewehrte Männer folgen, denen man an häufigen Abreibungen feuchter Stirnen und glatter Köpfe anmerkt, daß der Wettlauf mit leistungsfähigen Brauereispferden noch nicht lange zu ihren Funktionen gehört. Diese Männer gehen sorgsam acht, daß bei keinem der unsicheren Rationisten unter den Kollegen Bier abgeladen wird. Die Biertrinker behandeln ihre Begleiter mit jenem wohlwollenden Gleichmut, der die lange Verweilung mit widerspenstigen Gästen und nicht immer auserlesenen höflichen Kunden auszeichnet. Daß der Gärungsauch: „Lacht wohlbelustete Männer an mich sein!“ nicht gerade der ihre ist, kann man ihnen am Ende nicht übel nehmen. Nun trinkt man in allen Berliner Wirtshäusern, die wegen der Art des Betriebes vom Kellnerstreik nicht berührt werden, frische Biere. Kenner behaupten zwar, es sei ein wahres Wunder, wie schnell diese Unmengen von „Pilsener“, „Königsener“ und „Dresdener“ Bier in den paar Tagen nach Berlin gekommen und in den meisten Fällen unter-bleiben sich die ausgepöckelten fremden Biere von den einheimischen interesser durch den Preis, als durch den Geschmack —

aber ich bin zu wenig fachverständig, um diese Frage, die in manchen Gemütszuständen schon zu einer Streitfrage in des Wortes verwegener Bedeutung geworden ist, zu entscheiden. Ich muß mich mit der Feststellung begnügen, daß die Brauereien, solange sie fünfzehn und mehr Prozent Dividende verteilen und ihren Aktionären auch sonst allerlei materielle Vorteile zuwenden können, kein Recht haben, an der Klagemauer zu lauzeln. Richtig ist auch ohne Zweifel die Prophezeiung der Wirte, daß die neue Preiserhöhung manchen von ihnen durch Verbrauchseinschränkung die Existenz nehmen würde. . . .

Der jetzt heraus gekommene dritte Band von Bismarcks Erinnerungen enthält neben seinem hochpolitischen Inhalt auch anekdotisches Material, aus dem wir einige Röstlichkeiten unserer Zeit nicht vorenthalten möchten: Kaiser Wilhelm I. war manchmal ein rechter Pantoffelheld. Nach dem Frankfurter Friedensvertrag am 18. Mai 1871 sollten die noch im Felde befindlichen Mannschaften tunlichst schnell heimgebracht werden; der Aufentshalt unter den Waffen kostete Geld, die Landwirtschaft brauchte Hände, die Angehörigen warteten sehnsüchtig auf ihre Väter und Söhne. Nun wollte aber die Kaiserin Augusta dem Einzuge beiwohnen, aber vorher auch ihre Kur in Baden-Baden zu Ende führen. Obgleich Bismarck und das gesamte Ministerium für sofortige Zurückbeförderung der Truppen eintraten, war dazu die Genehmigung des Kaisers trotz aller Anstrengungen nicht zu erlangen. Der Einzug erfolgte erst am 16. Juni unter der Beteiligung der Kaiserin.

Bismarck wurde am 29. März 1890 entlassen. Einige Wochen nach seiner Entlassung erhielt er, von seinem Nachfolger Caprivi unterzeichnet, die Aufforderung, die Quote seines am 1. Januar erhobenen Quartalsgehältes für die 11 arbeitslosen Tage vom 20. bis 31. März wieder herauszugeben! Wie Herr Caprivi zumute gewesen ist, als er dem Schöpfer des deutschen Reiches diese Zumutung stellte, darüber wird nichts berichtet.

Als Bismarck sich 1859 vor seiner Abreise nach Petersburg bei dem damaligen König von Preußen verabschiedete und sich dem König gegenüber wegen der Unfähigkeit sämtlicher preussischer Minister beklagte, antwortete der König: „Halten Sie mich etwa für eine Schlafmütze?“ Gelassen erwiderte Bismarck, daß schon ein preussischer Landrat heutzutage seinen Kreis weder gern noch gut ohne einen brauchbaren Kreissekretär verwalten würde. Der König verstummte augenblicklich. — Außerordentlich übel genommen hat es Bismarck seinem Nachfolger, daß er „die unarten Räume vor der Gartenseite des Kanzlerpalais hat abhauen lassen.“ Er bemerkte dazu: „Aus dieser Baumvertilgung spricht nicht ein deutscher, sondern ein slavischer Charakterzug. Die Slaven und Kelten sind keine Baumbreunde.“



# Volkswirtschaft.

## Die Lage der Bekleidungsindustrie.

Den an das Preussische Handelsministerium von den Handelskammern erstatteten Berichten für den Monat September entnehmen wir folgende Angaben über die günstige Lage in der Textilindustrie:

Die Textilindustrie war im September in allen Zweigen angestrengt beschäftigt. In der Baumwollindustrie, in den Spinnereien und Webereien herrschte lebhafteste Nachfrage. Die Baumwollpreise nahmen im Berichtsmontat für 1 Kilogramm Gulb Widdling loco Bremen folgende Entwicklung: Am 1. September 33,40 Mk., am 10. September 49,50 Mk., am 20. September 53,70 Mk., am 29. September 64,20 Mk. Baumwollgarne stellten sich für Nr. 20er bezw. 30er am 1. September auf 52,90 Mk. bezw. 64,60 Mk., am 10. September auf 70 bezw. 80 Mk., am 20. September auf 79 bezw. 90 Mk., am 26. September auf ebenso wie am 20. September. Der Preis für die Standardqualität Rohwolle stieg von 9 Mk. im August im September auf 13,25 Mk.

Im Wollgroßhandel waren die Umsätze entsprechend der Beschäftigung der Textilindustrie, trotz der ständig anziehenden Preise, beträchtlich. Die Nachfrage nach Streichgarnen hat sich, und zwar ausschließlich in guten und besten Qualitäten zu erhöhten Preisen, weiterhin verstärkt. In der Tuchindustrie konnten die Aufträge nur zum Teil berücksichtigt werden. Die Lage der Webereien ist eine ähnliche; in Handwebereien macht sich teilweise starker Mangel bemerkbar. In der Kammgarnspinnerei beschäftigte die gute Beschäftigung die noch vorhandene Arbeitslosigkeit fast gänzlich.

Bei der Seidenindustrie haben sich die Absatzmöglichkeiten durch die Befürchtung von Preissteigerungen weiter gehoben. Die Samtindustrie war gut beschäftigt. Die Webereidindustrie konnte weitere Aufträge wegen Arbeitermangel teilweise nicht übernehmen.

Die Leinwandwebereien sind zum Teil bis über das Jahresende hinaus ausverkauft. Die Preise für Leinwandgarnen stiegen im September um ungefähr 40 v. S. Die Flachspinnereien werden möglicherweise binnen kurzem wegen Rohstoffmangels zu Betriebs Einschränkungen gezwungen sein.

## Zwanzigfacher Goldaufschlag.

Am 20. Oktober werden die bisherigen Goldaufschläge zu den Sägen des deutschen Zolltarifs von 900 auf 1900 erhöht werden. Damit sind wir bis an die Verzwanzigfachung der deutschen Zollbeträge herangekommen. Denn auf jede Mark nach dem deutschen Zolltarif müssen nun 19 Mark besonderer Aufschlag bezahlt werden. Ein so großer Sprung in der Erhöhung wie diesmal ist noch nie dagewesen. Die Erhöhung des Goldaufschlages auf 300 ist bis zur Stunde von 900 allmählich erfolgt. Anfang August 1919 betrug der Goldaufschlag 240 Proz., anfangs September 265 Proz., anfangs Oktober 465 Proz., anfangs November 520 Proz., im März 1920 betrug er 900 Proz., ging dann zurück auf 700 Proz., um danach wieder auf 900 allmählich anzusteigen und am 20. Oktober 1921 wird er 1900 Proz. betragen. Im Zolltarife also wird der offizielle Wert der deutschen Mark auf 5 Friedenspfennige festgelegt.

## Gold und Papier in England und Frankreich.

Die Ausweise der Banken von Frankreich und England über den Monat September ergeben folgendes: Frankreich hat einen Gold- und Silbervorrat von 5,7 Milliarden Franken, und einen Notenumlauf von 87,1 Milliarden Franken. Der Edelmetallbestand Frankreichs im In- und Auslande hat sich gegen den Vormonat um rund 350 000 Franken erhöht, der Notenumlauf aber um rund 208 Millionen. Frankreich hat nach diesen Zahlen für sein Papiergeld etwa 15 Proz. Deckungsmittel.

Der englische Bankausweis ist hervorragend gut. England hatte im September einen Notenumlauf von 125 Millionen Pfund-Sterling, dem ein Vorrat in edlem Metall von 128 1/2 Millionen Pfund gegenüberstand. Der Bankbestand hat sich um 3000 Pfund-Sterling vermindert und der Notenumlauf mit reichlich 1/2 Millionen erhöht. Immerhin steht fest, daß England unter den europäischen Staaten das gedrehteste Land ist. Das Papiergeld ist mit mehr als 100 Proz. durch Gold gedeckt.

## Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		Berlin, 6. Oktober.	
		6. Okt.	5. Okt.
Amsterdam	100 fl.	3921.05	4043.45
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	866.60	881.60
Kristiania	100 Kr.	1463.50	1496.—
Kopenhagen	100 Kr.	2272.70	2222.65
Stockholm	100 Kr.	2747.25	2814.55
Helsingfors	100 finn. Mk.	177.80	182.80
Rom	100 Lire	487.—	493.50
London	1 £	468.—	471.—
New York	1 Doll.	120.99 1/2	125.74
Paris	100 Frs.	881.60	884.10
Zürich	100 Frs.	2087.85	2197.80
Madrid	100 Pesetas	1588.40	1663.80
Wien	100 K.	6.45	7.08
Budapest	100 K.	18.08	17.98
Prag	100 K.	129.85	101.55

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 6. Oktober 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunfts-ort
D.		Fehmarn	Schwenn	Burgkallen
D.		Sirpford	Zacharaja	Rotterdam
D.		Marie Sophie	Wellsen	Lybaf
D.		Lindbohn	Wooqvard	Rotka
D.		Margaretha	Diebe	Oriz
D.		Dora	Rlingenberg	Kandels
Angelommen am 7. Oktober 1921.				
D.		Norderham	Schuhmacher	Kongsgag
D.		Wiedgard II	Hien	
D.		III	Reitmann	Edling
D.		Ramor	Benien	Garrison

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freiheit Lübecker und Feuilleton Hermann Bauer, für Kartell und Gewerkschaften August Schult, für Interests Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

dazu beitrug, den Mehrheitsjuzialisten von Bronken einer Zusammenarbeit mit der deutschen Volkspartei näher zu bringen, war die Tatsache, daß mehrere Volksparteiler, wie die Herren Strelemann, v. Kardorff und v. Kaumer, die zwar nicht die Gesamtheit der Deutschen Volkspartei verkörpern, jedoch innerhalb dieser einen beträchtlichen Einfluß haben, geneigt zu sein schienen, für die Industrie die Pflicht anzuerkennen, ein Opfer zu bringen, indem sie dem Plan des Reichskanzlers, die Sachwerte zu erfassen, ihre Zustimmung erteilten. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die gesamte Deutsche Volkspartei diesem Plan sich angeschlossen, dann die Basis für die neue Regierungskoalition ohne weiteres von selbst gegeben wäre. Aber die Mehrheitsjuzialisten können sich auch andererseits nicht gewissen Erwägungen der allgemeinen Politik verschließen. Um keinen Preis wünschen sie, eine neue Spaltung zwischen sich und den Unabhängigen herbeizuführen.

## Ludendorff auf dem Kriegspfad.

Der äußerst beredame General Ludendorff hatte kürzlich eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „New York Herald“, dem er seine genialen Schlachtpläne gegen Rußland auseinandersetzte. Rußland könne nur dadurch gebrochen werden, daß man eine gemeinsame Expedition Deutschlands, Frankreichs und Englands unter amerikanischer Führung, deren Aufgabe es sei, den Bolschewismus zu stürzen. Erst dann könne man dem Gedanken einer Errettung der hungernden Teile Rußlands näher treten.

Weiter verkündete Ludendorff die Weisheit, daß Deutschland allein zu einem derartigen Feldzug nicht stark genug sei. Wenn jedoch das deutsche Volk erkläre, daß es eine Expedition mit England und Frankreich eine Expedition nach Rußland unternehmen wolle, würden sich zahlreiche Offiziere und Soldaten freiwillig melden, um an diesem Unternehmen teilzunehmen. Auch die deutschen Arbeiter würden keinen Widerstand leisten, sondern einsehen, daß ein solches Unternehmen Rußland zur Freiheit verhelfen würde!

Ludendorff zeigt in diesen Worten die gleiche Unfähigkeit, die Empfindungen des deutschen Volkes zu verstehen, die er während seiner Feldherrntätigkeit bewies, und die mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch führte. Es dürfte für Ludendorff politische Schätzung sehr vorteilhaft sein, wenn er einmal der Mühe unterzöge, mit ernstem Willen die Stimmung der Arbeitererschaft zu erforschen. Dann würde er ein etwas anderes Bild gewinnen, als es ihm aus den Kreisen einer offenbar nur aus militärischen Offizierskamarilla prägniert wird. Ludendorffs Feldherrntaktik mußte auf die Dauer verfallen, weil er von der Volkspsychologie nicht das mindeste verstand. Seine politischen Ausführungen werden längst nicht nur in sozialistischen Kreisen — belächelt. Wenn Ludendorff glaube, ein deutsch-französisches Bündnis durch einen gemeinsamen Raubzug gegen Rußland herbeizuführen, so beweist er nur aufs neue die gleiche Naivität, die politisierenden Generalen zu eigen zu sein pflegt. Der verehrte Held der Deutsch-Monarchisten war zu becheiden, schon jetzt bei dem von ihm geplanten Unternehmen gegen Rußland die Führerschaft zu beanspruchen. Man gewinnt jedoch mehr und mehr den Eindruck, daß er sich in seiner gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht wohl fühlt und sich deshalb nach einem neuen Tätigkeitsfeld umsieht.

## Aus dem Lande

### Der unbegrenzten Möglichkeiten.

Ein einfacher Brief kostet 1000 Rubel.

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten war früher Amerika. Amerika hat diesen Rang seit einigen Jahren an Rußland abgeben müssen. Die alljährlichen Ueberrahlungen des amerikanischen Hochkapitalismus verblüffen bei weitem nicht mehr in dem Maße wie die grotesken Sprünge, die der russische „Kommunismus“ macht.

Das Sowjetkommisariat für Post- und Telegraphenwesen hat das Auslandsportale neu lestaeht. In der offiziellen „Smeßija“ laien wir folgende Portojäge:

Postkarten	400 Rubel
Postkarten mit Rückantwort	800
Einfache Briefe je 20 Gramm	1000
Drucklagen	200
Muster ohne Wert je 50 Gramm	400
Emtschreibgebühr	1000

Vor dem Kriege galt der Rubel 2,16 Mk. Im Frieden kostete ein solcher Brief 20 Kopeken Porto. Er ist also jetzt 10000 mal teurer. Wenn es nicht im Blatte der russischen Regierung stünde, müßte man einen schlechten Scherz annehmen. Die Briefmarken im Werte von 2000 Rubel sind eine ebenso kuriose Neuheit Rußlands, wie die jetzt geplanten Banknoten a 5 Millionen Rubel. Rußland ist eben das Land der unbegrenzten Leistungsmöglichkeiten. Es gibt eben noch Narren, die diese Zustände für begehrtlich halten.

## Niederringen die Lüge!

Von P. Haupt.

Der Erzbergmord ist ein Sturm- und Wecksignal geworden, das Millionen aufweckte, in die Front der demonstrierenden Masse warf, ist ein Sturmsignal gewesen in der Fülle der reaktionären Nadelstiche der Stahlhelme und Stappenkampfereste. Vielen Monarchisten und Reaktionären kam dieser Mord sicher ungelogen. Vielen; nicht aus Menschlichkeitsgefühl, nicht, weil ihre „Standesehre“ unversehrt wäre mit dem politischen Mord, nicht aus der sittlichen Entrüstung heraus, von denen ihre Kommentare zum Mord widerlich überfließten waren, nein: aus rein demagogischen, eigensüchtigen Gründen heraus kam ihnen der Mord ungelogen, weil er dem republikanischen Volke das wahre, nackte Gesicht der Monarchisten zeigte. Die Monarchisten von heute sind wie die Monarchisten von gestern. Ihre ekelregende Nacktheit umhüllen sie mit Glanz und Pomp, mit feintuchigen Offiziersuniformen, mit Raupen und Sternen, mit weißen Westen und würdigen Talaren, mit Geheimratsfräcken und leibenen goldbzogenden Fahnen. Dazu schmetternde Militärmusik, die das Jähnefischen der Unterdrückten, Ausgelagerten überpaukt, die die dumpfen Sinne, in die in der Volksschule möglichst nur Hohenpollernlegenden und Katechismus gepfropft wurde, klarformiert, zu der sich die Beine im Stiefschritt bewegen müssen, alles zur höheren Ehre der

Menschen erster Klasse, der „gebildeten, gottgewollten Ober-schicht“. Und wer trotz allem an die „Bildung“ und das „angeborene Herrschertum“ nicht glaubt, den lehren es Schühmannskäbel, oder er wird „erledigt“ (aber geräuschloser als Erzberger), wogegen das brave Volk vor den Herren ehrentbietigt desillieren darf.

„Reinlich“, um einen vornehmen Ausdruck zu gebrauchen, ist jenen Monarchisten, jenen raffiniertesten und gefährlichsten, der Mord an Erzberger gewesen, weil er Wad-ruß war für viele, die schliefen, weil er taghell ihre emsige, unterirdische Arbeit beleuchtete. Ihr Weg sollte stiller, geräuschloser, mit der Maske „Selbenerhebung“ und „Patriotismus“ behangen gehen. Eltern, die im Kriege ihre Söhne verloren, Kriegerwitwen und trauernde Geschwister werden eingefangen mit der Lüge von der „Ehrung der toten Helden“. „Wohltuend“ schossen die Herrschaften Groschen zu — zur Errichtung eines Ehrendenkmal. Und bei der Einweihung wurde ihr bewehrträuernder Rede die Lüge von der Frontertdolchung, die Hege gegen die gegenwärtige Republik in die Seelen der Leute gesenkt. Oder man sing und jängt die Männer mit der Brause Kameradschaft. Was ist der Stahlhelm, was sind das Duzend anderer „Frontkämpfervereine“, „Stätten zur Pflege der Kameradschaft“, sagen sie alle — zum Mitgliederfang. Bis in das kleinste Dorf strecken diese Organisationen, unbekannte Strohmänner an der Spitze, ihre Fühler aus, und nicht wenige Arbeiter sind hereingefallen auf den Schwindel. Mit dem Stahlhelm kam das „Bündesorgan“, das natürlich ebenso unpolitisch wie die Vereine selbst war, kamen die Sedanfeiern, die Fahnenwetzen, bei denen unpolitische abgedankte Obersten und Majore ebenso unpolitische Reden hielten. Kam die leibene Zahne, kamen die schmetternden Militärmusiken, und als sie schließlich „Deutschland, Deutschland!“ und „Heil Dir im Siegerkranz!“ spielten, sang alles mit.

Darum ist so manchem schlauen Monarchisten der Erzbergmord sicher „reinlich“, weil er die Arbeitererschaft bis in die kleinsten Dörfer wahrüttelte, riß aus der dumpfen Widerstandlosigkeit, mit der sie in vielen Orten den Stahlhelmschrummel über sich ergehen ließ. Der Mord hat sie aufgerüttelt, hat die Reichsregierung zu scharfen Maßnahmen veranlaßt, aber schon legen die Reaktionäre ihre Gegenminen, rüsten die bauernschlaunen Monarchisten und reaktionären Junker und Kapitalisten zur geistigen Abwehr. Prompt biegen die sinnestierten Zeitungen den Erlaß des Reichstanzlers um, prompt schwenken sie alle ein; nie haben die Monarchisten den Umsturz gewollt. Nie, darum beträfe sie der Erlaß keineswegs. Aber drüben, links, die Kommunisten — bis zum „Vorwärts“ einschließend, offenbar ein großes mitteldeutsches Stinnesblatt, wird der Umsturz gepredigt, wird zur Gewalt wider die Verfassung gerufen; und im gleichen Atem folgt der Wink an die ausführenden Organe, der Wink, wie die Ausführungsbestimmungen ausfallen müßten. Man nimmt den Kampf auf: mit geistigen Waffen, die so schmutzig sind, wie nur jesuitische Ränke, machiavellische Politik sein können. Aber es sind geistige Waffen, gegen die Polizeimaßnahmen der Regierungen wenig vermögen, es sind geistige Waffen und mit geistigen Waffen müssen die Republikaner sie niederringen. Dazu gehört vor allem die schon lange fällige Demokratisierung der Justiz. Der sozialdemokratischen Anregung, Arbeitersekretäre und andere geschäftstüchtige Personen nach kurzem Kursus zum Richteramt zuzulassen, muß baldigt nachgekommen werden, es müssen Mittel bereitgestellt werden, um Personen aus der Arbeiterbewegung eine Studienzeit zu ermöglichen, kurz, das Monopol der Korporationen und Hofenkreuzstudenten auf den Richterstand muß unbedingt fallen. Ausgebaut muß werden die durch Erlaß des preussischen Justizministers angeregte stärkere Beteiligung von Arbeitern und Republikanern an der Rechtsprechung als Schöffen und Geschworene, vor allem aber muß das Strafrecht in wirklich neuzeitlicher Weise reformiert werden. Die Arbeitererschaft allerorts muß sich regen, muß darauf achten, daß ihre Leute am Geschworenens- und Schöffenamte hinreichend beteiligt sind.

Die Arbeitererschaft muß wach bleiben, sie muß in allen Orten, bis in ihre kleinsten Organisationen hinein, den nationalistischen geistigen Kampf geistig zu bekämpfen wissen. Den Monarchisten ihre vergifteten Waffen der patriotischen Phrasen, der Kameradschaftlichkeit und „deutschen Treue“ aus den Händen winden.

Ihre Stärke und Giftigkeit haben diese Waffen, und hier ist ihre leider noch starke, aber gleichzeitig schwache Stelle — in den Zielen, die sich von ihnen geistig befruchten lassen; die Stärke und gleichzeitig Schwäche der Monarchisten und Nationalisten liegt darin, daß noch allzu viele, bis weit in die Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenerschaft hinein, ihnen gedankenlos nachlaufen, gedankenlos ihren Tamtam mitmachen, um des bishigen Glanzes und Vergnügens willen. Diesen Zuständen muß die Arbeitererschaft ein Ende bereiten, in jähem, nicht erlahmenden Ringen lösen aus den Reihen der nationalistischen Gesellschaft die, die nicht dahin gehören.

So machtpoll wie die Reihen der aus Anlaß des Erzbergmordes Demonstrierenden muß weiter werden die Zahl der Leser der sozialistischen Presse. Wöchentlich Sympathisierende oder sogar Mitglieder der SPD, marschieren in den Zügen, die noch Leser der Stinnespresse, der Generalanzeiger oder sonstiger reaktionärer Annoncenplattagen waren? Die bürgerliche „unpolitische“ Presse, sie ist die gemeinste und hinterhältigste Waffe der Nationalisten. Sie dringt bis in alle Winkel Deutschlands, und set es in Gestalt von „amtlichen“ Kreisblättern — alle fast ohne Ausnahme, sind antirepublikanisch, die einen offener, die andern verdeckter. Die wirklich demokratisch-republikanischen Blätter Deutschlands sind an den Fingern abzuzählen. Der Sozialdemokrat aber muß keine Zeitung lesen, er muß es abweisen, sich betäuben zu lassen von den nationalistischen Phrasen und den nationalistic gefärbten Meldungen der Stinnespresse. So stark, so groß muß die Leserschaft der sozialdemokratischen Presse sein, daß sie ein eigener Nachrichtenendienst unabhängig machen kann von der stinnespressen Telegraphen-Union und den schwarz-weiß-rot ausgehauchten Volksmeldungen. Und dieses Ziel wäre leicht erreicht, wenn nur jeder Sozialdemokrat und jeder, der uns nahe steht, ein sozialdemokratisches Blatt lesen würde.

Millionen Deutscher haben gelobt, bereit zu sein zum Kampf für die Republik. Millionen haben durch ihre toten Fahnen sich als Anhänger der Sozialdemokratie bekannt, haben ihre Bereitschaft erklärt, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Beugen sie sich nicht den geistigen Unterjochungsversuchen der Reaktion, kämpfen sie gegen die geistige Reaktion mit geistiger Abwehr, durch Stärkung der sozialistischen Sache, so ist der Sieg sicher!



Gewaschen mit  
**Dixin**



**Henkel's Seifenpulver**

Hersteller:  
**Henkel & Co  
Düsseldorf.**

Deutscher  
Transportarb.-Verb.  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**

der  
Wäger und Zähler  
am Freitag, dem 7. Oktober  
abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
Unsere Lohnverhältnisse.  
7841) Die Ortsverwaltung.

**Ia. Speisezwiebeln**

für den Winter 10 Bfd. 9.50  
Kernseife, Doppelfst. 8.25  
Grüne Seife Bfd. 4.—  
R. V. Seifensp. Bat. 1.75  
Perflu Batet 4.—  
Schwan 3.—  
Keine Soda Bfd. 0.75  
Bleichsod., Senkel B. 1.60  
Stärke 1/4 Bfd. 2.50  
Bohnermasse, Dose 5 u. 9.50  
Fette Salzheringe Stk. 0.80

**Eduard Speck**

7406) Dürrstr. 81 u. 82.

**Neues**

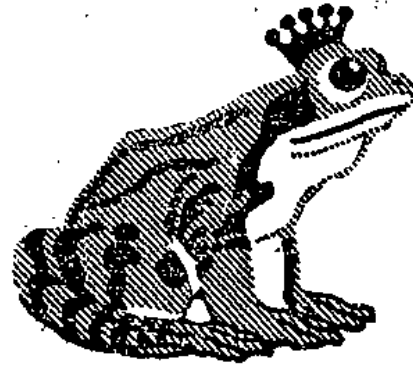
**Volksliederbuch**  
mit Anleitung zur  
Lautenbegleitung.

Preis Mk. 5.50.

Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.**

7878

**Der rote Frosch**



wie er hier steht  
ist Garantie  
für Qualität

**Erdal**

nützt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

7884



**St. Gertrud-Liedertafel.**

Sonnabend, den 8. Oktober

**Großer Herbstball**

im „Kolosseum“.

Anfang 7 Uhr.

7418

Ende 2 Uhr.

**Rechnungs-  
Formulare**

werden hergestellt in der  
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.  
Johannisstr. 46.

**Volkshochschule.** Vortrag  
am Sonn-  
abend, 8. Okt., abds. 8 Uhr,  
im Johanneum. Dr. Mö-  
busz: „Warum und wozu  
brauchen wir eine Welt-  
hilfsprache?“ Mit Aus-  
stellung und Aussprache.  
Eintritt für Hörer frei;  
Nicht Hörer Mk. 1.00. (7876)

**Sozialdemokratischer  
Verein Lübeck.**  
Ortsgruppe Moisling.

**Mitglieder-  
Versammlung**

am Sonnabend, dem 8. Oktober  
abends 8 Uhr  
im Kaffeehaus.

Tagesordnung:  
1. Bericht vom Bezirks-  
Parteitag in Lübeck.  
2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen  
erlaubt  
7418) Der Vorstand.

**Friedrich-  
Franz-  
Halle.**

Am Sonnabend, 8. Okt.:

**Gr. Ball**

Anfang 7 Uhr.  
Eintritt Damen 2 Mk.,  
Steuer 60 Pf.,  
Herren 3 Mk., Steuer 80 Pf.  
Hierzu ladet fidi. ein  
7421) L. Stamer.

**HANSA-  
THEATER**

Täglich 7 1/2 Uhr abends

**Die Kinorönnigin.**

Die Schlager-Operette  
7879) von Gilbert.

**Stadttheater Lübeck.**  
Freitag, 7. Okt., 7 Uhr.  
Herodes u. Mariamme.  
8. Ab.-Vorst. Buchst. D.

Sonnabend, 8. Okt., 7.30 Uhr  
(außer Abonnement)  
Zum letzten Male!  
Die Postmeisterin. (7887)

Sonntag, 9. Okt., 11 Uhr:  
Öffentliche Generalprobe  
zum Sinfoniekonzert.  
Solist: Cellist Emanuel  
Feuermann.

Sonntag, 9. Okt., 2.10 Uhr.  
3. Fremden-Vorstellung.  
Herodes und Mariamme.  
Einzelartenverkauf an der  
Theaterkasse.

Sonntag, 9. Okt., 7.30 Uhr.  
Neuhettl! Neuhettl!  
Die Blauwe Maus.  
Operette von Franz Lehár.

Montag, 10. Okt., 7.30 Uhr:  
1. Sinfoniekonzert d. Sym-  
phonie- und Stadttheater-  
orchesters. Leiter: Karl  
Rannstaedt. Solist: Cel-  
list Emanuel Feuermann.

**Bekanntmachung.**

Durch das Gesetz zur Abänderung der Befehle über  
das Reichsnotenfür und die Kriegsabgabe vom Ver-  
mögenszuwachs vom 6. Juli 1921 (Reichs-Gesetzblatt  
S. 838) Art. III Nr. 1 ist die Frist für die Entrichtung  
der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs neu geregelt  
worden. Die ganze Abgabe ist nunmehr binnen 3 Mo-  
naten nach Zustellung des Kriegsabgabebeschlusses zu  
bezahlen. Die Abgabe ist spätestens bis 15. Oktober  
1921 zu entrichten. Nur für den Fall, daß der Ab-  
gabebeschluß dem Steuerpflichtigen erst nach dem 15.  
Juli 1921 zugestellt ist, läuft die Eingabungsfrist später,  
und zwar drei Monate nach Zustellung des Abgabe-  
beschlusses, ab.

Lübeck, den 6. Oktober 1921. (7890)

**Finanzamt.**

**Die Freibadeanstalten**

Moisling, Finkenberg,  
Hallenwiege und Marli  
werden am Sonnabend, d.  
8. Oktober 1921, geschlossen.  
Lübeck, 8. Oktober 1921.  
7888) Das Polizeiamt.

Nach schwerer Opera-  
tion verstarb am Frei-  
tag morgen 5 Uhr meine  
liebe Frau, meiner Kin-  
der treu sorgende Mutter  
und Großmutter (7416)

**Anna Rodast,**  
geb. Lambke.

Dieses zeigen tiefbe-  
trübt an  
Familie Herm. Rodast,  
Beerdigung am Sonn-  
tag, dem 9. Okt., nach-  
mittags 4 Uhr, in Genin.

**Sozialdemokr. Verein  
Seeretz.**

Am 4. Oktober starb  
unser langjähriger Ge-  
wohne (7875)

**Ernst Fräncke.**  
Ihre feinen Andenken!  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Eisenbahn-Verband**  
Ortsgruppe Lübeck.

Am Mittwoch, dem  
5. d. Mts., fand saßer  
Mittag, der Schloßer  
**Karl Raschel.**

Ihre feinen Andenken.

Die Beerdigung fin-  
det am Montag, dem  
10. d. Mts., um 10  
Uhr, auf dem Be-  
ruher Friedhof statt.  
7889) Der Vorstand.

**Sofort gesucht  
Zeitungs-  
verkäufer.**

„Lübecker Volksbote“  
Johannisstraße 46.

1 Sofa, 4 Stühle, Spiegel  
m. Schr., 1 St. Kleiderst.,  
Sportm. m. Verd. 130 K.  
7404) Schwöbelenquerstr. 4.

2 Sch. Dachsack, Gr. 42  
schw. Samtut, bill. z. verk.  
7392) Adlerstraße 40.

2 R. u. D.-Winterst., Gr. 37  
u. 39/40 bill. z. verk. 3 m. ab.  
nach 6. (7393) Gerberstr. 8.

D.-Wint.-Paletot zu verk.  
zu bef. nach 4 Uhr. (7415)  
Westhofstr. 30 II.

D.-Fahrräder m. Freil. n.  
550 Mk. an Werner, Fah-  
radhdlg., Schwöbelenquer-  
straße 4. (7408)

G. erh. Mah.-Sofa m. Mah.-  
Bezug u. 2 Stühle zu verk.  
7391) Fleischhauerstr. 25 III.

21 Schuppen auf Abban.  
2 Rindernag. zu verk. (7397)  
Kühne, Kronstr. Allee 27 a. II.

7 jg. Begehühner zu verk.  
7896) Wiedestr. 49.

Ein Sup-  
Ferkel  
Stk. 130.—  
zu verkaufen  
J. Künzer, (7412)  
Schwanen Allee 133.

Ein große  
Parie Fer-  
fel billig zu verkaufen.  
7400) H. Stapelholz,  
Kronenbühlener Allee 50

**Kaufe Geigen**  
Cello, Japaninstrumente (alt.  
auch neu). Angeb. n.  
Personen, u. F. K. B. a. d. E.  
(7398)

**Visitenkarten**

liefern **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

**Galvanisch-Elektrisches Heilinstitut**

Lübeck, Kirchenstr. 1a

behandelt schmerzlos und erfolgreich  
alle Krankheiten, speziell Nerven-,  
Ischias- u. Rheumatismuseriden, Hexen-  
schuß kurze Behandlung. (7386)

Infolge bedeutender Preissteigerung sämt-  
licher Bedarfsartikel, sowie Lohn erhöhungen  
sehen wir uns gezwungen, unsere Preise  
zu erhöhen. (7377)

**Verein der Wäschereibesitzer von Lübeck u. Umg.**

**Kaufen Sie noch heute zu günstigen Preisen!!**

Lodenmäntel für Damen und Herren  
300.- 375.- 425.- 475.- 550.-

Schlupfer in prima Kamelhaar loden  
675.- 725.- 850.-

Gummimäntel für Damen und Herren  
in großer Auswahl

Wollgarnituren für Kinder  
3 teilig 4 teilig 5 teilig  
145.- 245.- 325.-

**Sporthaus Paul Gassmann**  
Mittelsstraße 34. (7374)

**Rest Aepfel u. Birnen  
bei der Holstenbrücke**

Aepfel von 1.50 Mk. an, Birnen 90 Pf. (7414)  
Dauerapfel 1.80 bis 2 Mk. Verkauf von 8-6 Uhr.

**Hodermann**

Morgen Sonnabend, den 8. Oktober:

**Ehren- und Komponisten-Abend**

des beliebten  
Kapellmeisters  
in seiner Glanznummer als Deutschlands großer  
Miniker und Komponisten-Darsteller. (7394)

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.

**Stadthallen - Lichtspiele**  
vom 7.-14. Oktober.

**! Filmsingspiel !**

**Die Banditen.**  
In 5 Akten. Gesänge von Auber,  
Schumann, Offenbach, Böhmé.  
Außerdem (7385)

**Die Gassenkönigin.**

Die Tragödie eines Modells in 1 Vor-  
spiel und 5 Akten von Fred Feldern.  
Auf unser großes Orchester  
wird besonders hingewiesen.

Auf d. Nachmittagsvorstellung 4 Uhr.  
Abendvorstellung 7 Uhr.

**Waisenhof** 7401 **Tanz.**  
Sente Freitag:

**Berichtigung.**

Der Ball der Zementwarenfabrik  
**Hocholzenwerk Akt.-Ges.**  
findet nicht am 30. 10., sondern bereits morgen  
Sonnabend, den 8. Oktober,  
im **Konzerthaus Lübeck**

statt. Um rege Beteiligung eruchtet  
Anfang 7 Uhr. (7409)  
Der Festausschuß.



## Freistaat Lübeck.

Freitag, 7. Oktober.

Wegen Lohn Differenzen ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen sind Solidarisität.

Die hiesigen Elektro-Monteur befinden sich seit dem 6. Oktober im Streik. Der Bezug ist streng fern zu halten.

Der Vermählung der Bürgerschaft am Montag, dem 10. Oktober, liegt folgende Tagesordnung vor: I. Wahl von je vier Schöpfungsbürgern und vier Stellvertretern für die drei Schöpfungsausschüsse für die Veranlagung der Gewerkebetriebe. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Beihilfe für die Opfer des Explosionsunglücks in Oppau und Umgebung. 2. Beitrag für das Oberfährlager-Hilfswerk. 3. Erlass eines Beschlusses zum Bürgerwahlgesetz vom 23. Mai 1920. 4. Gewährung einer Beihilfe an die Wengemünde Sierstrade. 5. Erhöhung der Kostgebühren der Heilanstalten. 6. Beschaffung von physikalischen Apparaten für das Allgemeine Krankenhaus. 7. Erhöhung der Sietlabgaben und Aufhebung der Sietbaukasse. 8. Errichtung einer Biologiekasse im Katharineum. 9. Beschaffung von Bücherstellen für die Stadtbibliothek. 10. Umpflasterung von Straßen. 11. Aufhebung von Sietordnungen und Neufestsetzung der Gebühren für die Prüfung, Genehmigung und Abnahme von Privatkellern. 12. Unterhaltung und Reinigung der Straßen in den Siedlungen. 13. Bauliche Veränderungen im Gerichtsgebäude. 14. Nachbewilligung für die Behörde für Travemünde. 15. Erlass eines fünften Nachtrages zum Lübecker Gewerkegesetz. 16. Ankauf einer Landfläche für den Bau von Arbeiterwohnungen. 17. Verkauf eines Bauplatzes an der Moislinger Allee. 18. Hausplan der Fortverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1922. 19. Nachbewilligung für die Fortverwaltung. 20. Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 21. Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn. 22. Nachbewilligung für die Baubehörde. 23. Nachbewilligung für die Gerichtsbehörden. 24. Nachbewilligung für den Landarmenverband. 25. Nachbewilligung für den Ortsarmenverband Lübeck. 26. Nachbewilligung für die Behörde für das Feuerlöschwesen. 27. Nachbewilligung für das Polizeiamt. 28. Nachbewilligung für das Arbeits- und Wohlfahrtsamt. 29. Nachbewilligung für das Stadttheater mit Saalbau. 30. Nachbewilligung für die Polizeibehörde, Abt. Schlachthof. 31. Nachbewilligung für die Markthalle. 32. Erhöhung der Teuerungsaufschläge für die Beamten u. v. d. a. 33. Einführung der Grundsteuer in den Landgemeinden. 34. Neuorganisation der landwirtschaftlichen Mittelschule. 35. Bereitstellung der Mittel für die Grundwasser-Versorgung Lübecks. 36. Bauliche Veränderungen in der Kuhviehhalle. 37. Gewährung einer Beihilfe an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkriminalität. 38. Unterstützung der narkotischen Störungen. 39. Verstärkung der Mittel für die Fischschiffahrt. 40. Erlass eines Gesetzes über die Aufhebung der Wohnungsverhältnisse. 41. Erlass einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. 42. Nachbewilligung für die von Großherzogliche Privat-Realschule. 43. Nachbewilligung für die Jencksche Realschule.

Der Bezirksbildungsausschuss Mecklenburg-Lübeck veranlaßte am Donnerstagabend im Gemeinderatshaus seinen ersten Lichtbildervortrag. Genosse Bromme wies in seinen Eröffnungsworten darauf hin, daß jetzt nach 7 Jahren zum erstenmal wieder großartige Bildungsveranstaltungen in die Wege geleitet seien, die aber besonders von der organisierten Arbeiterschaft besser besucht werden müßten als dieser Abend. Im Dezember würden noch zwei Lichtbildervorträge eingeschoben, Prof. Schimmelmann werde an einem Nachmittags Märchen erzählen

(mit Lichtbildern) und abends findet ein Wilhelm-Busch-Abend statt. — Hierauf nahm Dr. Alfred Köppen aus Berlin das Wort, um in posthumwobener Sprache auf den großen Künstler aufmerksam zu machen, dem der Abend gewidmet war. Wie so manchem Großen, die im Denken, Fühlen und Schaffen wie Sonnengoldbeglänzte Berggipfel hervorstachen, sei es auch Max Klinger ergangen: die Menschen verstehen nicht immer deren Wirken. Um Künstler wie Klinger zu verstehen, ist tiefes Verleben in die Schönheit seiner Werke notwendig. Sie strahlen ein Selbstbekenntnis einer starken Persönlichkeit aus. Nach einem begrenzten Rückblick auf Klingers Werbens- und Lebensgang erstand die Werke des Künstlers, der Radierer, Maler und Bildhauer zugleich war, auf der Leinwand. Auch sich in die ehle Kunst Unergründliches wurde sofort klar, daß sich ihm ein Kolossalwerk offenbarte, ein Mann, der Welt und Menschen in ihrer Wirklichkeit erfaßte und idealisierte. Radierungen verdichteten sich zu ganzen Erzählungen, denen Charakteristik aufgeprägt war und denen auch zum Teil ein Gefühl für Humor innewohnte. So die Phantastien über den Handschuhhund sowie Amor und Psyche. Ideale Landschaften lenkten den Sinn in verarbeitete Gefühle. Auch der sozial denkende Meister offenbarte sich: Großstadtbilder, Mutter und Kind, deren Schicksal im Rembrandtschen Hell-dunkel-motiv vor dem Richterlich festgelegt wird. Der tiefenst Denkende zeigt uns den tödlich lauernden Tod in allen Formen, erfreut uns wieder durch herrliche Gemälde in voller Farbenpracht. Die Krone der Schöpfung, das Weib, erhebt sich in freudigster Reinheit in des Künstlers dreifacher Schaffensform. Ob diese Schöpfungen aus Griffel, Pinsel oder Meißel erwachsen, sie erwecken das Gefühl des Edlen und Schönen. Zu allem meisterte der Vortragende seinen Stoff, vermittelte die Liebe zum Schöpfer und zur Kunst, legte in viele Herzen den Grund zum Guten, Reinen und Schönen. Schade, daß der Bezirksbildungsausschuss bei der Arbeiterschaft nicht mehr Entgegenkommen fand und so seine lobenswerte Absicht mit einem respektablen Defizit verbrachten muß.

### Antworten auf Bürgerchaftsliste.

In der letzten Versammlung des Mieterschutzvereins wurde über den Vorstand zu Gericht gefaßt, der in seinem Hauptteil drauf und dran war, die „Einheitsliste“ gegen die Sozialdemokratie um eine vierte zu vermehren. Mit 6 gegen 2 Stimmen hatte der Vorstand des Mieterschutzvereins beschlossen, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Von demokratischen Prinzipien scheinen diese sechs Herren keine blasse Ahnung zu haben, denn sie setzen den Beschluß sofort in die Tat um und reichten die Liste beim Vorstand ein. Gegen dieses diktatorische Vorgehen ging nun die Mitgliederversammlung energisch vor und lehnte es durch, daß die bereits einreichte Liste sofort zurückgezogen wird. Durch diesen Beschluß wird zugleich der Vorstand des Mieterschutzvereins zum Rücktritt gezwungen. Wir beabsichtigen nicht, auf die internen Streitigkeiten des Mieterschutzvereins näher einzugehen. Nur soviel sei gesagt, daß manche seiner Mitglieder noch gar keine Ahnung haben von dem, was bei den Bürgerchaftswahlen auf dem Spiele steht. Man sollte doch endlich aus dem pieherischen Bannkreis herauskommen, der darauf hinausgeht, die einzelnen Parteien vor das Forum zu laden, von ihnen ein Glaubensbekenntnis zu fordern und je nach dem Sonderinteressen heißenden Text die Unterstützung in Aussicht zu stellen. Ein derartiges Wettrennen macht die Sozialdemokratie nicht mit, kann sie nicht mitmachen, weil ihr die Gesamtinteressen des Staates höher stehen als die Interessen einiger Sonderhändler. Und gerade die Mieterschaft hat als solche alle Ursache, sich für die sozialdemokratischen Bürgerchaftskandidaten einzusetzen. Wer denn sonst als die Sozialdemokratie in Gemeinde, Staat und Reich tritt für das nockende Volk vorzugsweise ein? Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie hängt davon ab, daß die Räte und Organe der Mieter im Bereich ihrer Wirksamkeit liegt. Unsere Vertreter sind selbst Mieter und nehmen als solche die Mieterinteressen jederzeit in Schutz. Es ist eine bewusste Unwahrheit, wenn Oberlehrer Titel sagte, daß unsere Vertreter in der Bürgerchaft Hausbesitzer seien und die Mieterinteressen vernachlässigt hätten. Die Sozialdemokratie nimmt sich der Mieter vor selbst an, während die vereinigten bürgerlichen Parteien sich nur aufs Versprechen legen und ent-

gegenseitig handeln, handeln müssen, weil sie Besitzerinteressen in erster Linie vertreten. Und ob diese mit denen der Mieter vorzugsweise harmonieren, wird selbst das unschuldigste Mitglied des Mieterschutzvereins nicht behaupten wollen.

### Der Streit der Elektromonteur.

Am 9. Juli traten die hiesigen Elektromonteur an ihre Arbeitgeber heran, zwecks Gewährung einer Lohnerhöhung, da der bisher gezahlte Stundenlohn den augenblicklichen Teuerungserhältnissen nicht entsprach. Die Arbeitgeber erklärten sich auch bereit, eine Teuerungszulage von 30 Pfa. pro Stunde zu gewähren und beriefen sich unter anderem darauf, daß in Hamburg ebenfalls keine höheren Löhne gezahlt würden. Da nun aber mit 30 Pfa. die augenblickliche Teuerung nicht abgegolten war, mußten sich die Monteur an den Schlichtungsausschuss wenden. Derselbe entschied in seiner Sitzung am 30. August dahingehend, daß die zurzeit bestehenden Löhne für den Monat September in allen Positionen um 60 Pfa. erhöht werden sollten. Im übrigen sollte der bestehende Tarif bis zum 1. Oktober in Gültigkeit bleiben. Die Arbeitnehmer erklärten sich um des lieben Friedens willen für den Monat September mit dieser Regelung einverstanden. Die Arbeitgeber erklärten jedoch, daß sie wohl die festgesetzten Löhne zahlen würden, im übrigen müsse aber der Tarif bis zum 1. April 1922 fortbestehen. Da die Arbeitnehmer nicht bereit waren, hierauf einzugehen, kam es am 15. September zur Arbeitsniederlegung. Nunmehr konnten die Arbeitgeber sofort Verhandlungen anbahnen, so daß es möglich war, nach nur einem Streiktage die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber erklärten, daß der ganze Streit wohl nur auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei. Sie hätten einseitig erklärt, daß sie die Mehrzahlung annehmen würden, im übrigen hätte ja auch der Schlichtungsausschuss in seinem Spruch gesagt, daß der Lohn nur für den Monat September gelten solle, so daß also dadurch schon für den Fall einer weiteren Lebensmittelerhöhung der bestehende Tarif außer Kraft gesetzt war. Im übrigen sollten sich die Arbeitnehmer nur vertrauensvoll an ihre Arbeitgeber wenden, wenn künftig Differenzen ausbrechen sollten. Das letztere ist geschehen. Am 16. richteten sie das Ersuchen an die Arbeitgeber, die bestehenden Tarifsätze um 1,40 Mk. pro Stunde zu erhöhen eventuell wären sie bereit, in Verhandlungen, wie ja auch schon in dem Abkommen gesagt wurde, einzutreten. Die Arbeitgeber hatten es nicht sehr eilig zu antworten, erst sechs Tage später teilten sie uns mit, daß sie außerstande seien, zu der Frage Stellung zu nehmen, wenn nicht erst eine nähere Begründung für die Forderung gegeben würde. Die Monteur erklärten sich bereit, diese in einer mündlichen Verhandlung zu geben. Man hätte nun annehmen sollen, daß diese Verhandlungen unverzüglich stattgefunden hätten, aber weit gefehlt, erst auf wiederholte telefonische Anfragen des Metallarbeiter-Verbandes konnte am 1. Oktober diese Besprechung stattfinden. In dieser wurde seitens der Arbeitgeber rund heraus erklärt, daß eine weitere Lohn-erhöhung nicht in Frage kommen könne, da die nachgewiesene Teuerung nicht so groß sei, um eine Lohnforderung zu rechtfertigen. Die Löhne für die jüngeren Monteur seien sowieso zu hoch und müßten eigentlich abgebaut werden. Das einzige, was man tun könne, wäre, Familienzulage zu gewähren. Ein bestimmtes Angebot wurde überhaupt nicht gemacht, vielmehr auf den Tarif verwiesen, der mit den Automobil-, Fahrrad- und Nähmaschinen-Fabrikanten abgeschlossen sei. Es wurde weiter erklärt, daß die Installationsfirmen sich einer Arbeitsgemeinschaft der metallverarbeitenden Gewerbe Lübecks anschließen wollen, ebenso wie die Innungen der Schmiede, Schlosser und Klempner. Diese Arbeitsgemeinschaft würde in Zukunft auch die Lohnverhandlungen zu führen haben. Auf unsern Hinweis, daß der Schlichtungsausschuss für die Bauhändler schon einen Stundenlohn von 8 Mk. festgesetzt hätte, erklärten die Herren, daß sie bestimmt wüßten, daß die Bauhändler diesen Spruch nicht anerkennen würden.

Nachdem nun feststeht, daß durch die Verhandlungen kein Resultat erzielt werden konnte, mußten diese abgebrochen und das Ergebnis den Monteur ungetrübter werden. Die Monteur beschloßen in einer sehr gut besuchten Versammlung, an ihrer Forderung festzuhalten. Sollte bis Mittwochabend keine Einigung erzielt sein, so würde am Donnerstag, dem 6. Oktober, die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Von diesem Beschluß wurden die Arbeitgeber unterrichtet, sodas sie also Gelegenheit hatten, hierzu

## Jungfer Binchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Jungfer Binchen war noch schlimmer dran. Sonst ordentlich in allen anderen Dingen aufs genaueste, schien es ihr, als habe sie das ihre verloren. Obwohl man wieder kaum etwas verloren nennen konnte, von dem man genau wußte, wo es war. Jedenfalls hatte sie es nicht mehr in eigener Gewalt.

Was hatte sie Herrn Lebrecht Sternbühl getan? Alles Gute, was ein Mädchen tun konnte. Er aber war beleidigt. Wollte nicht seine einfachste Pflicht und Schuldigheit ihr gegenüber mehr erfüllen. Den Kamin putzen. Er blieb fort. Wochenlang und Sonntags. Er ließ hestellen, daß er daheim Arbeit genug habe.

In einem Kirchspiel, wo hübsche Mädchen am besten Tag mit Gänsefedern fischen.

Das war kein Trost. Jemanden an solchem Ort zu wissen. Den man kein Herz zur Verzehrung gegeben. Und vieles, was dazu gehört.

Jungfer Binchen war stolz. Sie drängte sich niemand auf. Sie schickte nur eine Postkarte mit einem Verzweiflungsklagen. Und schrieb nichts weiter darauf, als daß der Kamin der Herren Mögels Tag und Nacht rauche. Also nichts als eine geschäftliche Mitteilung.

Es sah der geliebte Herr Sternbühl sie auch auf. Er schickte einen Lehrling als Stellvertreter. Diese bestellte den Herren Mögels, daß er bei Herrn Sternbühl in die Lehre gegangen und seine Sache genau so verhe wie dieser selbst.

„Na also,“ sagte Herr Anton erfreut. Und öffnete ihm die Rücktürl.

Aber ordentliche Jungfern halten auf gewohnte Arbeitsleistung.

Jungfer Binchen war empört. Die Küche war ihr Reich. Keiner als sie hätte zu bestimmen, wer hier herumzuschauen hätte. Sie gab ihren Kamin nicht her für stümperhafte Anfängerversuche. Und noch vieles andere sagte sie.

Es war ein rechter Värm.

Nichts für ungut,“ sagte Saphir zum angeschwärmten Lehrhüben. Und ergrübelte ihm, daß die Jungfer an Zahnschmerzen litt. Einige Zigaretten bildeten den Schluß der Gutschuldigung.

Der Lehrhüben zeigte, wie auffallend rot eine herausgestreckte Junge von einem schwarzen Gesichte abfiel. Und glaubte damit den Auftrag seines Herrn erledigt zu haben.

Ungehörlichkeit liebte Anton ebensowenig wie Värm. Viel- leicht sollte man doch an eine häusliche Veränderung denken. Auf Saphir neigte diesem Wunsch zu. Man überlegte. Besprach aufs Ausführliche das Hin und Wieder. Das Resultat

wurde das gleiche vieler solcher Zwiegespräche. Man kam überein, wer Fienthoden wechsele, tausche nur Namen und Fehler. Und mußte ebendrei unruhige Tage des Aufstoches und der Einführung mit in den Kauf nehmen.

Es war dies eine alte Theorie der Brüder. Theorien beruhigen. Man beschloß, einsteilen nichts zu verändern.

Jungfer Binchen vergaß die Stimmung ihrer Herrn zu ergreifen. Sie dachte nur eins. Sie mußte ihn wiedersehen.

Sei es auch nur, um ihm ein einziges Wort zu sagen.

Ein Liebeswort war es nicht. Binchen schwankte noch zwischen Schutz und Halunke.

Dazwischen allerdings gab es wieder Augenblicke, wo sie von freundlichen Erinnerungen übermannt ganz anderen Wünschen aneignete. Sich im Hausstand sah, im eigenen, blink, flink, sauber, ruhige Wäsche wieder blütenweiß wachsend. Zwischen durch eine Wiege schaukelnd. Auf dem schwarzen Herd mit blankgeputztem Kupferband, die Lieblingsgerichte eines Schornsteinfegermeisters brodelnd.

Dann fühlte sie sich selbst leicht, grazios, hübsch. So wie auszu- zusehen sie sich brennend gewünscht in mancher durchweinten Kindheitsstunde. So wie sie oft witzlich auslief in manchem ältlichen Traum. Dann sang sie von der wunder-wunderschönen Frühlingzeit. Gleichviel, wie sich vor dem Fenster das Wetter benahm, und dann machte sie wieder einmal Mehlspeisen wie ein preis- gekrönter Konditor.

Im Reiche unserer Wünsche herrschen wir allein. In Wirklichkeit gelten auch die Anschauungen der anderen. Niemand warnte Binchen vor dieser Wahrheit. Als sie sich im Sonntagsruh anstaltete, noch einmal die Kirche im Heimatort Lebrecht Sternbühls in Augenschein zu nehmen. Diesmal am Nachmittags.

Der Weg war feucht. Die Sonne zeigte, wie erlogen auch die Reinlichkeit des Schnees. Er wurde schlammartiger Brei. Dann verschwand die Sonne. Wolken zogen wie schnelle Rauchwolken über Hügel und See. Aus dem schlüfrigen Boden quoll wüßiger Duff. Wie wenn schon der Frühling aus der Erde fließen wollte. Jungfer Binchen dachte, wenn sie ein Weibchen finden würde, ein erstes, so hätte es jemand in das Knopflack seines Sonntags- rockes stecken können. Aber gleich darauf besann sie sich, daß sie niemanden suchte als die Kirche. Sie würde das Frühlingweibchen der Mutter Gottes bringen. Aber auch das war ein müßiger Vorsatz. Noch blühte nichts.

Wie schmückig die Welt war. Jungfer Binchen raffte ihre Röcke hoch. Um sie vor einem schwarzen Rand zu bewahren.

Zwei Burchen gestellten sich ihr zu Seiten ihr Schmeigeleien über die Geschicklichkeit ihrer Finger. Die ihre Waden verrietten. Die in festen Selbstgesprächen festeten.

Man muß die Freundlichkeiten nehmen, wie man sie findet. Jungfer Binchen lächelte. Sie sagte, daß sich jeder in der Welt auf seine Weise beschleigen müsse.

Wandern verfuhr den Weg. Bald sah man den Kirchturm des Ortes, wo Lebrecht Sternbühl so viel zu arbeiten hatte.

Es zeigte sich, daß Jungfer Binchens Begleiter ebenfalls dort heimlich waren. Die Söhne des Meßgermeisters waren es.

Wo ein Rauchfang ist, schält man den Schornsteinfeger. Herrn Lebrecht Sternbühl kannte man.

Jungfer Binchen fragte, ob er nicht ein rechter Leichtfuß? Sie verstand zwa nichts von Schornsteinfegern, aber sie konnte glauben, daß sich Schwarzger in nicht allzuweiter Verwandtschaft mit dem Bösen sehe.

Davon mußten die Burchen nichts. Herr Lebrecht Sternbühl war ein geschätzter Mann. Tüchtig in seinem Fach. Firm im Wirtshaus. Nicht zu wenig und nicht zu viel. Einer der wußte, was er sich antrauen konnte.

Und die Liebe?

Jungfer Binchen hielt nicht mit dem Verdacht zurück, daß sich schwarzer Kerl auch ein schwarzes Herz haben müsse.

Die Burchen lachten und gaben sich gegenseitig eins mit dem Ellbogen. Wie schon mehrmals bei dem Gespräch mit dieser Schönen.

Der eine antwortete, er hätte nicht vermutet, daß eine Jungfer, so ehrsam sitzend, an solche Dinge denken könne.

Binchen errödete. Sie ärgerte sich. Ueber sich. Ueber die andern. Und daß sie nicht einmal Antwort erhielt auf ihre Frage. Die zu wiederholen sie nicht wagte, so sehr sie es auch wünschte.

Vor den ersten Häusern verabschiedeten sich die Begleiter. Keiner von ihnen wünschte, diese Schöne als Sonntagsliebchen angepöppelt zu bekommen.

In der Kirche war es noch frohlicher als draußen. Nur einige alte Frauen triteten im Halbkreis. Der Gottesdienst war vorüber. Das Orgelspiel war längst verstummt.

Dafür kamen die Töne einer Harmonika durch die Spalte des buntierten Glasfensters hindurch geschlüpft. Der Rufwäzler war es. Vom Ruf lana der Kehreim: „Was ist an einem Ruf gelegen, den man mit Widerwillen gibt?“

Oft wiederholt, hüpfte diese Melodie in der kalten Kirchen- halle. An das Gemurmel der alten Lippen.

Jungfer Binchen wollte beten. Aber sie grübelte, warum der Kirche gegenüber immer ein Wirtshaus stünde.

Jetzt prang lautest Gelächter herüber. Die Lichter der Madonna flackerten zornig auf. Jungfer Binchen gab ihnen recht. Auch sie war empört. Und war doch zur Anbacht hergekommen. Wieder begann die Harmonika. Mädchenlachen und Bur- schenpöppe im Durcheinander stolperten über die kalten Stein- fliesen.

Binchen verschloß ihre Ohren. Aber was man hören muß, hört man. Das war deutlich Lebrecht Sternbühls Lachen ge- wesen.

Binchen trar. Die Kirche hier war kälter als bei ihr daheim. Wohl auch, weil sie leer war. Nur diese wenigen alten Wei- ber. Was jung war und hübsch, war wohl alles drüben im Wirtshaus.

(Fortsetzung folgt.)



rechtzeitige Stellung zu nehmen und ihr Wort wahr zu machen, den Arbeitern entgegenzukommen, wenn sie sich vertrauensvoll an sie wenden würden. Nichts dergleichen ist geschehen, vielmehr erhielten wir am 4. Oktober ein Schreiben, in welchem mitgeteilt wurde, daß die Lohnverhandlungen nunmehr an die Arbeitsgemeinschaft der metallverarbeitenden Gewerbe Lübeds übergeben sei. Um nichts unversucht zu lassen, wandten wir uns noch einmal telefonisch an diese Arbeitsgemeinschaft. Dieselbe hat uns dann einen Tarifvertrags-Entwurf zugewandt, der keine einzige Verbesserung, wohl aber Verschlechterungen für die jüngeren Kollegen vorstieht. Außerdem werden dort neben Familienzulagen, Zulagen für selbständige Arbeiter und Kolonnenführer bis zu 30 Pf. pro Stunde zugesagt, jedoch also veräußert wird, durch die Einführung von Staffellöhnen eine Klüftung in die Arbeiterschaft hineinzutreiben. Der Urlaub, der im Höchstfalle bisher 10 Tage betrug, soll auf 8 Tage abgebaut werden. Dafür wird aber die Zulage gegeben, daß die Firmen Interesse daran haben, ihre jetzt beschäftigten verheirateten Arbeitnehmer weiterzubeschäftigen und sich verpflichten, sie den Bedingen vorzuziehen. Vorausgesetzt ist selbstverständlich, daß die Leistungsfähigkeit der verheirateten Arbeitnehmer mit der Arbeitsleistung der Bedingen gleich ist. Man kann also hieraus ersehen, daß auch bei den Arbeitgebern in erster Linie die Leistungsfähigkeit in Frage kommt. Die Monteure haben Mittwoch abend in einer sehr gut besuchten Versammlung beschlossen, diesen Tarifentwurf als undiskutabel abzulehnen und sind deshalb Donnerstag morgen reiflos in den Streik getreten. Sie sind der Ansicht, daß die Abmachungen, die am 15. September getroffen sind und dahin gehen, daß der Tarifvertrag mit einigen Veränderungen bis zum 1. April 1922 verlängert ist, auch für die Arbeitgeber gelten muß und daß es gänzlich unzulässig ist, nachdem die Firmen selbst diese Verlängerung gewünscht haben, jetzt einen Tarifvertrag einzuziehen, der den bestehenden vollständig über den Haufen wirft. — Bemerken wollen wir noch, daß die augenblicklichen Löhne für Elektromonteur über 24 Jahre 7,10, unter 24 Jahre 6,85, und im ersten Gehaltsjahr 6,20 Mk. betragen. Ein Mehrverdienst durch Akkordarbeit oder sonstige Zulagen kommt nicht in Frage und niemand wird behaupten wollen, daß ein Lohn, wie er jetzt gefordert wird, von 8,50, 8,25 und 7,60 Mk. unter den heutigen Verhältnissen zu hoch ist.

Die Ortsverwaltung des Deutsch. Metallarb.-Verb.

### Schöffengericht.

Ein ungetreuer Kompagnon. Der Tischlermeister D., der Teilhaber eines Möbelgeschäftes war, wird beschuldigt, in unberechtigter Weise eine Schlafstube einrichtung, einige andere Möbelstücke und Holz aus dem Geschäft sich angeeignet zu haben. Der Angeklagte will dazu berechtigt gewesen sein, da er noch stiller Teilhaber des Geschäftes war. Das wird von dem Mitinhaber, H., als Zeuge bestritten. Das Gericht hält die Beweise für vorliegend und erkannte auf 4 Monate Gefängnis. — Wegen gewerksmäßiger Unzucht erhielt die wegen des gleichen Vergehens bereits vorbestrafte Frau L. 3 Wochen Haft. — Der sittenpolizeilichen Kontrolle entgegen hat sich das Kontrollmädchen B. Sie erhielt deswegen eine Haftstrafe von 6 Tagen. — Diebstahl im Gefängnis. Der Monteur H. hat als Strafgefangener der hiesigen Strafanstalt Lauerhof einen Anzug und Strümpfe gestohlen. Nach seiner Entlassung fuhr er ferner ein Fahrrad, verkaufte dieses und verbrauchte den Erlös. Außerdem hat der Angeklagte einem Arbeiter bei dem Verkauf des Anzuges 150 Mk. abgehändelt. Das Urteil lautete wegen zweifachen Diebstahls und eines Betruges auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. — Hühnerdiebstahl. Der Knecht H. und der Arbeiter St. stahlen mittels Einbruchs ihrem Arbeitgeber, einem Landmann in Hoppendorf, vier Hühner. Die Tiere wurden für 100 Mk. verkauft und das Geld geteilt. Das Gericht erkannte gegen jeden auf drei Monate Gefängnis. Beide wurden unter einer Bewährungsstrafe von 3 Jahren bedingt befreit. — Grober Unfug soll der Händler L. als er eines Nachts vom Tanzboden kam, in der Breiten Straße durch laute Rufe nach einem Schuhmann begangen haben. Gegen die deswegen erhaltene Strafverfügung hat er Berufung eingelegt. Der Angeklagte erhielt 20 Mk. Geldstrafe. — Wegen Verhinderung der Polizeikontrolle hat der Gastwirt B. ein Strafmandat von 50 Mk. erhalten, wogegen er Berufung eingelegt hat. Der Angeklagte will an dem betreffenden Abend keine Gäste nach 12 Uhr in seinem Lokal gehabt haben. Ein Polizeiwachtmeister befandete dagegen als Zeuge, daß nach um 12.20 Uhr Gäste anwesend waren. Das Gericht verurteilt die Berufung und befähigt den Strafbescheid. — Wegen Vergehens gegen die Konkursordnung hat sich der Elektrotechniker D. zu verantworten. Der Angeklagte, der ein anderes Geschäft kaufmännischer Art betrieb, ist vor längerer Zeit in Konkurs geraten. Ihm wird nun zur Last gelegt, daß keine Geschäftsbücher in unangetasteter Weise geführt worden sind. Ueber rund 45000 Mk. soll auf Grund der Bücher kein Ausweis vorhanden sein. Dem Sachverständigen war es unmöglich, nach der Art der Buchführung einen übersichtlichen Vermögensausweis festzustellen. Der Angeklagte will die Buchführung für richtig und genügend gehalten haben. Das Gericht kam zu einer Verurteilung und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe.

### Der Ausflug.

Von Koda Koda.

Unsere Bege, Fräulein Wudereit, studiert in München Kunstgeschichte. Nebenbei hört sie etwas Literatur bei Professor Salfer, Psychologie bei Decher und Volkswirtschaft (Staatslehre). Diese Kausalierung von Wissenschaften macht hier und da ein Ausspannen nötig, einen Ausflug aufs Land. So begab sich denn Bege Wudereit unlängst, als zwei Feiertage vorliegen, in nahezu alpiner Höhe Bekleidung nach Rodel. In Rodel fand unsere Bege, dem vorgekehrten Sommer zufolge, in keinem Gasthose ein freies Zimmer. Eine mitfühlende Wirtin wies die Wohnungsgäste an das bauerliche Geynar Reibeisel. In der Tat erklärten sich Reibeisels bereit, der Fremden ein leerstehendes Bett zur Benutzung für eine Nacht einzuräumen — als welches Bett jedoch in jener Kammer stand, wo der Vater ansonsten sein Pferdegeschirr aufbewahrt. Kammer und Bett unter Führung von Vater und Mutter Reibeisel kommissionell besichtigt, erwies sich als prächtig. Der Vater wies Decher, die Bege Wudereit, is logar entzückt. Man einige sich freilich auf einen Preis von fünf Mark, die sich auf zehn erhöhen, falls der Rodelgast Wert auf Teilnahme am köstlichen Abendessen der Familie legen sollte. Auch war auch hierüber Verständigung erzielt. Bege Wudereit sah, von Rodel und Vater befreit, am selben Spitz mit Reibeisels und deren erwachsenen Sohn. Hierzu ist zu bemerken, daß Bege Wudereit — als niedriger Jüngling der Gumbinner Wudereits — von österreichischer Herkunft ist; auch drückt sich ihre Bekleidung mit Volkswirtschaftscharakter und Kausus andererseits in jeder Hinsicht als ein solches aus, während Vater und Drang von ihnen Wudereits. Vater und Sohn Reibeisel nahmen nun der geschickten Anrede nach dem gelegentlichen kurzen Anblicken Kenntnis: „) Was dem letzten erwähnten Heft 38 des von Geynar herausgegebenen „Lageblatt“.

### Bezirksparteitag und Bezirks-Frauentag.

Auf Grund des Organisationsstatuts für den Sozialdemokratischen Bezirksverband Silesia-Hollstein beruft der Bezirksvorstand den diesjährigen ordentlichen Bezirksparteitag auf Sonntag, den 20. November, morgens 9 Uhr nach Altona (Bürgerläde, Blumenstraße) ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Konstituierung und Wahl der Mandatsprüfungskommission. 2. Bericht des Bezirksvorstandes. Referent: W. Berdick. 3. Finanzlage und Steuerfrage. Referent: Reichstagsabg. W. Reil-Stuttgart. 4. Die politische Lage. Referent: Reichstagsabg. O. Wels-Berlin. 5. Beschlusfassung über die vorliegenden Anträge. 6. Wahl des Bezirksvorstandes und der Kontrollkommission. 7. Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag. Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorbereitungen für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten (S. 8 und 7 d. Org.-Statuts) und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewerkstelligen. Anträge zum Parteitag sind bis zum 30. Oktober an den Bezirksvorstand Kiel, Klämische Straße 7, einzureichen.

Am Sonnabend, den 19. November, vormittags 9 Uhr findet in Altona (Bürgerläde, Blumenstraße) eine Bezirks-Frauentag statt. Vorläufige Tagesordnung: 1. Frauen- und Wohlfahrtsarbeiten. Ref. Genossin E. Rueda-Berlin. 2. Die Erziehung unserer Jugend. Ref. Genossin T. Pfüll-München. — Die Wahl der Delegierten zur Frauentag erfolgt in den Unterbezirken.

Die Bezirkssekretäre werden dringend ersucht, dem Bezirksvorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe möglichst bis zum 1. November mitzuteilen, damit ihnen das Mandat, die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt werden können. Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Adresse: S. Kirchner, Altona, Bahnhofstr. 40.

S.P.D.-Beamtin und Angestellte. Sonnabend 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Referent Dr. Leber.

Postalisches. Auch für das Winterhalbjahr 1921/22 werden Geldentlohnungen und Telegramme von 9 Uhr abends bis 7 Uhr vormittags nur unter gewissen Voraussetzungen gestattet, und zwar Geldentlohnungen, wenn der Absender dem Arbeitvermerk hinzugefügt hat „auch nachts“; Telegramme, wenn sie den Vermerk „nachts“ tragen, oder wenn die Anrufstation aus dem Inhalt zu erkennen vermag, daß sie wirklich dringlicher Natur sind.

Volkshochschule. Das Bedürfnis nach einer Weltlingsprache bestand schon vor dem Kriege, namentlich in den Kreisen des Handels, der Wissenschaft und der Religionen und es wird mit der Wiederaufnahme des Weltverkehrs jetzt von Tag zu Tag fühlbarer. Eine Lösung des Problems bietet die Weltlingsprache Esperanto, die schon über 30 Jahre in Anwendung ist und in der letzten Zeit einen ungeahnten Aufschwung genommen hat. Auch der Völkerverbund beschäftigt sich gegenwärtig mit der Einführung der Weltlingsprache in die Schulen. Unter Vorlaue von Material wird am Sonnabend im Johannicum Herr Direktor Dr. W. B. über die Frage: „Warum und wozu brauchen wir eine Weltlingsprache?“ einen Vortrag halten, an den sich eine Aussprache schließen wird. Das Thema ist für Lübeds Bewohner um so zeitgemäßer, da hier im nächsten Jahre ein internationaler Esperantokongress stattfinden wird.

Guttempler und Gastwirtschaften. Man schreibt uns: In einer Protestversammlung des Lübeder Gastwirtsverbandes behauptete Herr Hansen, die Guttempler seien es, die darauf hinarbeiten, die Gastwirtschaften zu beseitigen. Wir setzen uns gegen diese Behauptung zu erheben. Denn die Guttempler haben an der Beseitigung der Wirtschaften an sich gar kein besonderes Interesse. Wirtschaften sind ohne Zweifel in unserer verkehrsreichen Zeit ganz unentbehrliche Einrichtungen. Sie sind notwendig für die Ernährung eines Teiles unserer Bevölkerung, sie sind unentbehrlich für unsere sozialen Arbeiten und wir befürchten ihrer unter allen Umständen für den in der Natur des Menschlichen begründeten geistlichen Verkehr. Wir Guttempler erkennen die Notwendigkeit der Wirtschaften also durchaus an. Allerdings vermögen wir nicht einzusehen, warum diese Wirtschaften, soweit sie unentbehrlich sind, zur Hauptfrage dazu dienen, alkoholische Getränke zu verbreiten. Wir wissen aus Erfahrung, daß auch hier die Anforderungen der Bevölkerung sehr beeinflusbar sind, und wir haben den Wunsch, dahin zu wirken, daß sie nicht in der Richtung einer Vermehrung des Alkoholenusses, sondern in umgekehrter Richtung beeinflusst werden. Ein Beispiel: In Jürria unterhält der dortige Frauenverein 14 alkoholfreie Wirtschaften, in denen täglich annähernd 16000 Gäste verkehren. Ein Beweis, daß der Alkohol nicht ein notwendiger Bestandteil einer Wirtschaft zu sein braucht und ein Beweis, daß

auch alkoholfreie Wirtschaften genügenden Zuspruch haben. Wogegen wir uns allerdings wenden ist, daß Wirtschaften geschaffen und vergrößert werden über das wirklich vorhandene Bedürfnis hinaus und daß Wirtschaften von Brauereien und Brennereien, neuerdings auch von Konzernen aus beiden zusammengeleitet, geschaffen und unterhalten werden, lediglich zu dem Zwecke, die Erzeugnisse dieser Industrie in möglichst großen Massen ins Volk zu bringen. Daran hat unsere Bevölkerung vom Standpunkte der Volksgesundheit und auch der materiellen Wohlfahrt aus sicher kein Interesse. Die damit unserm Volkstörper zugefügten Schädigungen liegen für Einsichtige so klar auf Tage, daß es keiner weiteren Begründung bedarf, daß die Guttempler auf dem richtigen Wege sind, wenn sie sich gegen die Wirtschaften wenden, auf die die vorstehende Charakterisierung zutrifft.

Lübeder Opferwoche zur Bänderung winterlicher Not. Der Arbeitsausschuß beider Wirteneine für Lübed und Umgebung, der die Inhaber der Gasthöfe und Hotels, der Cafes, der Gast- und Schankwirtschaften umfaßt, hat an alle seine Mitglieder eine Liste zur Sammlung von Beiträgen für die Opferwoche geschickt mit der Bitte, nicht nur selbst einen angemessenen Betrag zu zeichnen, sondern sie auch den Angestellten ebenso wie den Gästen vorzulegen. Diejenigen Mitglieder, welche regelmäßig musikalische oder andere Darbietungen veranstalten, haben sich bereit erklärt, am kommenden Sonntag, dem 9. Oktober, das Eintrittsgeld um 1 Mk. zu erhöhen, oder wenn in der Regel kein Eintrittsgeld erhoben wird, ein solches von 1 Mk. zu erheben und diesen Betrag an eine der hiesigen Banken auf Konto Lübeder Opferwoche abzuführen.

Lübeder Opferwoche, Abt. Handarbeitsausstellung. Der Besuch der Ausstellung übertrifft alle Erwartungen. Man teilt uns mit, daß bis Mittwoch abend schon weit über 20000 Personen die Ausstellung besucht haben. Der größte Teil der ausgestellten Arbeiten ist schon verkauft.

Stadtheater. Am Sonnabend zum letzten Mal auf vielfachen Wunsch: Die Postmeisterin. Sonntag 11 Uhr öffentliche Generalprobe zum Sinfonieconcert, unter Mitwirkung des berühmtesten jugendlichen Cellisten Feuermann.

pb. Festgenommen wurde ein Kellner von hier, der wegen Betruges flechtlich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ferner ein Rutscher aus Udenorf, und ein Schuhmacher aus Löbenaerg wegen Veracht des Fahrabdiebstahls. — Wieder ergriffen und der Strafanstalt Lauerhof zugeführt sind zwei Gefangenengefangene, die von der Außenarbeit von der Strafanstalt Lauerhof entwichen waren.

pb. Diebstahl. Aus einem Hausflur in der Breiten Straße wurde ein Fahrrad gestohlen. — Aus einer Bodenkommer in der Wabnstraße wurde ein großer Kasten gestohlen. — Auch sind in der Schwartauer Allee Fremden, Bekleidungsstücke, Nachtstuden usw. gestohlen worden. — In der Schillerstraße sind 18 Pfund Pflanzenbutter Valmin und ein Steinopfer mit 5 Pfund Schweineschmalz gestohlen worden. — Aus einem Lauertraum an der Untertrave wurde ein ganz neues Motorrad, Marke Wanderer, gestohlen.

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Wie Flagg-Müller Arbeitnehmern interessiert sein will. Das „Echo“ schreibt: Jetzt ist er da angelangt, wo Renegaten seines Schlags immer landen. Paul Müller nämlich, der Mann mit der „reinen“ schwarz-weiß-roten Handelsflagge. Der 1. Oktober hat nämlich nach einer Keuerfcheinung gebracht: „Deutsche Flagge“. Zeitschrift zur Hebung der Seefahrt, des Schiffbaues, der Hochseefischerei und zur Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Interessen der Arbeitnehmer aller Grade der Seefahrt und Hochseefischerei Deutschlands. Verlag, Schriftleitung und Expedition: Paul Müller. Etwas länglich aber sehr vielversprechend. Besonders gewagt aber ist dieser Titel-Nachspruch, wenn man sich den Angelisten der „Deutschen Flagge“ ansieht. Fast sämtliche Schiffahrtsfirmen haben halbseltige und kleinere Inserate aufgegeben. Und eine auf diesem Umwege vom Rederei-Kapital ausgehaltene Zeitung gibt vor, Arbeitnehmerinteressen wahrnehmen zu wollen! Paul Müller hat nun wieder ein Sprachrohr und „ohne Furcht und ohne Grauen“ — wie er seinen Einführungsartikel — überkreuzt — will er den Kampf aufnehmen mit dem Wahlspruch: Deutsch wollen wir denken, national wollen wir fühlen und sozial wollen wir handeln. Also auch „national“. Das scheint augenblicklich die gangbarste Marke zu sein. Flagg-Müller hat eben 'ne Nase fürs Geschäft. Daß dieser Müller jetzt in schmerzlicher Weise gegen die Organisation herzieht, der er bis vor kurzem noch angehörte, gehört wohl mit zu seinem Auftrag und verkehrt sich am Rande. Wenn er gar schreibt, daß die deutsche Seemannschaft eine einheitliche Gesamtvertretung nicht hat, weil parteipolitische Einflüsse von links und gemerkschaftlicher Beruf und Geschäftsgeizismus die Einheit und Einigkeit der deutschen Seefleute stets untergrub und zerstückelt, so ist das Bezeichnend für die Art, wie Paul Müller die Interessenvertretung der Arbeitnehmer nun seher aufgefacht hat. Ihm ist alles Geschäft und deshalb schließt er sich jetzt auf die andere Seite; das ist lukrativer. Bei den Seefleuten wird der Mann wenig Erfolg haben: ihm ist das wohl gleichgültig. So lange er das Vertrauen des Rederei-Kapitals hat, wird er schon nicht verkommen. Deshalb: Gute Geschäfte, Herr Müller!

Hamburg. Der Fall des hanseatischen Generalstaatsanwalts Dr. Schön hat weit über Hamburg hinaus Aufsehen erregt. Die Rechtsparteien glaubten hier ein Fällherrenstückchen vollbringen zu können. Sie wollten auch, nachdem alles klar zutage lag, in der Bürgerschaft noch einen Untersuchungsausschuß einsetzen, um die Sache ins Endlos zu verschleppen. Demgegenüber beantragten die Demokraten und Sozialdemokraten, die Anträge der Rechtsparteier und Deutschnationalen abzulehnen und zu beschließen:

Die Bürgerschaft erkennt das Vorgehen des Senats gegen den Generalstaatsanwalt Dr. Schön als berechtigt und notwendig an. Sie erwartet, daß der Senat auch fernerhin alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sind, die staatliche Autorität zur Geltung zu bringen.

Dieser Antrag wurde bekanntlich mit großer Mehrheit angenommen. Das „Echo“ stellt nachträglich den Monarchistenparteien, die sich betroffen fühlen, gründlich den Text und schreibt u. a.: Nichts anderes als Mißbrauch der durch die neue Bestimmung garantierten Freiheit wäre es gewesen, wenn der Fall Schön zur Erzeugung weiterer künstlichen Nebels noch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß geschleift worden wäre. Von welcher Qualität die angeblich neuen Informationen sind, die dort den Gegenstand der Untersuchung bilden sollten, läßt sich daran ermessen, daß Dr. Chapeaurouge noch in keinem Schlusswort die absolut falsche Behauptung wiederholte, der Bremer Senat habe nicht das ganze Material in der Sache Schön getannt, als er seine Zustimmung zur Amtsenthebung gab. Es wird also von den Rechtsparteien völlig ignoriert, was Senator Dr. Möbke schon mit aller Deutlichkeit erklärt hatte, daß nämlich die Senate von Lübed und Bremen in ausführlicher Besprechung über den ganzen Hergang unterrichtet worden sind. Aber die gleiche lächerliche Behauptung des Reichstagsabg. Dr. Reil, daß man in allen löstigen Geynar und in allen Bürgerschaften der Rechtsparteien heraus, als ihnen klar gemacht wurde, daß es hier überhaupt nichts mehr zu unteruchen gibt, nachdem vor aller Öffentlichkeit festgestellt ist, daß der keine Amtes entsetzte Generalstaatsanwalt als volltätiger Beamter, als Anwalt der heutigen Staatsgewalt, verurteilt hat. Wer einer Staatsregierung das Recht macht, einen solchen Beamten von seinem Posten zu ent-







**natl. Margarine**  
 1/2 16.—, 14.—, 12.50  
 Frisch gebr. Kaffee  
 1/4 7.—, 6.50, 6.—, 5.50  
 Milch-Kaffee  
 1/4 2.50, 2.—  
 Malz-Kaffee 8.90  
**Früh-Heuter-Milch.**  
 1-2-Pf. statt 4.80 nur 2.50  
 Kornfrank 8.90  
 Kaffee 8.90  
 Safene 8.90  
**Zucker-Sirup** 8.60  
 Karamell-Band-Ändeln  
 Waben, Figuren, Ändeln  
 Pflanzfrüchte  
 Milch- u. Himbeer-Extrakt  
 Flasche 4.50  
 Sch. grüner Käse  
 Stück 4.50 u. 2.50  
 Thüringer Salzkruten  
**Sauertohl** 1.20  
 (Gefäße für Sauertohl  
 bitte mitbringen).  
**Ernst Voß,**  
 Gr. Burgstr. 59  
 Fernruf 410. (7411)  
**Gardinen**  
 7398) An der Mauer 84.

**Staubend billig**  
 sind meine **Leder-Sohlen** im Auschnitt.  
**Konkurrenzlos billig:**  
**Gummi-Absätze \* Gummi-Sohlen**  
 erstklassige Marken.

# REFORM

**Leder- und Bedarfsartikel-Handlung**  
**Stepperei**

**Nur 50 Huxstr. 50**  
 Inhaber: **Robert Jentzen.**

**Sie können auf jede Reparaturstepperei warten.**

**Halbbare Holenträger**  
 Herrenwäsche  
 Strawatten - 7870  
 in großer Auswahl.  
**Bavler-Wäsche**  
 (May & Edlich) zu Fabrikpreis.  
**Aug. Janensch**  
 Sandstraße 6.

**J. S. Bein**  
 Am Markt 12.  
 Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für  
 erstklassige Manufaktur-  
 waren • Spezialhaus  
 für Betten, Bettfedern  
 und Daunens • Herren-  
 u. Knaben-Garderoben  
 Arbeiter- und  
 Berufsbedingung. 7878

Die Eröffnung  
 der  
  
**Warenabgabestelle**  
**Siedlung Karlsruhof**  
 findet am 8. Oktober 1921 statt.  
 Dem ersten halben Hundert Abgabestellen das zweite  
 nachfolgen zu lassen, haben die Verbraucher in der Hand.  
 Durch Erwerb der Mitgliedschaft und Deckung des  
 Bedarfs im Konsumverein ist nicht nur der Verbrauch,  
 sondern auch  
**die Produktion**  
 zu regeln. (7417)  
 Der Vorstand.

**Paletots • Ulster • Anzüge**  
 kaufen Sie am besten und billigsten nur bei uns. (7889)  
 Es kosten:

<b>Winter-Paletots</b> schwarz und grau 800, 725, 650, 575, 480, 375,	<b>345<sup>00</sup></b>	<b>Ulster od. Schlupfer</b> hochlegant 900, 825, 750, 650, 550, 475, 395,	<b>300<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> hübsche Stoffe 800, 680, 520, 450,	<b>295<sup>00</sup></b>	<b>Blaue Anzüge</b> in 1- und 2-reihig 975, 800, 695, 550,	<b>450<sup>00</sup></b>
<b>Winter-Joppen</b> 350, 275, 200, 145,	<b>85<sup>00</sup></b>	<b>für Knaben u. Jünglinge</b> bedeutend billiger.	

**Gebr. Vandsburger**  
 Holstenstraße 10. Inb.: **Heinr. Wellmann.**

**Kaufen Sie jetzt**  
 Wir sind billig — Wirklich  
 preiswerter Angebote.  
 1 Posten moderne Damen-Konfektion  
 leichte Winter Mäntel schöne Hütchen  
 120.— 220.— 150.— 23.50 36.—  
 250.— 350.— 450.— 78.— 75.—  
 1 Posten Herren-Konfektion, prima Stoffe,  
 neue Fasson,  
 Gobenjoppen, warm gefüt., 135, 158, 250.  
 Knaben-Anzüge . . . . . 125.—, 175.—  
 Herren-Anzüge . . . . . 275.—, 350.—  
 1 Post. Schwedenszüge, leichte Form, 875.—  
 Schöne Paletots und Ulster 350, 550, 850  
 Gummi- und Ledermäntel . . . . . 345.—  
 1 Posten starke Schirmhüte 200.— u.  
 in allen Größen.  
 1 Posten starke Arbeitshüte 135, 155,  
 solange der Vorrat reicht.  
 Starke Kinderhüte, Hauschuhe, Pantoff.  
**Ehlers & Reetwisch**  
 Schwanenstraße 1 St. Pauli 2 u. 4  
 Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter  
 und jeden Handwerker. (7419)

H. Rindermilch, a. f. gef. Ang.  
 Ang. m. Br. u. N. K. a. d. G.  
 Berl. e. woll. Schultertrag.  
 Abzug. Engelsgrube 31/17.  
 (7382)  
 Gef. a. Wittw. Geldtalde  
 m. Jnh. Abz. abds. 3-8 U.  
 7402) Sachw.-Allee 29, III.  
 Schneiderin empfiehlt sich.  
 7398) Faltenstr. 34.  
 Rohrtühle werd. geflochten.  
 7405) Johannisstr. 55 I. r.  
**Spez. Verlobungsringe**  
 333, 585, 750,  
 und 900 gef.  
**Silberwaren,**  
**Kristalle.**  
**Taschen- u. Weckuhren**  
**Willi Westfahl.**  
 32 Hosen-  
 32  
 Uhren- und Goldwaren-  
 Reparatur-Beitritt. (7371)  
**Karl Lohrtz, Röttcherstr. 16**  
 helles Wildfleisch 8 6.—  
 da. Bratenstücke 7.—  
 Beefsteak, Rindfleisch, 10.—  
 fr. Hammelfleisch 9.—  
 Pa. ig. Kalbfleisch 10.—  
 gel. ganz über Speck  
 fest u. mager, ohne Rippen  
 Gehäutet (7351) 8 1.—

**Konsumverein f. Lübeck u. Umg.**  
 a. G. m. b. H.  
**Achtung, Mitglieder!**  
 Mit dem 30. September schliesst unser  
 Geschäftsjahr.  
 Zur Feststellung des Umsatzes der Mit-  
 glieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober  
 1920 bis 30. September 1921 bei den Ein-  
 käufen erhaltenen Marken, soweit sie volle  
 hundert Mark betragen, und die Mitglieds-  
 bücher in der Zeit  
**vom 1. bis 10. Oktober 1921**  
 in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.  
 Nur in dieser Weise abgelieferte Mar-  
 ken können zur Berechnung der Rückver-  
 gütung in Betracht gezogen werden.  
 Nach dem 10. Oktober abgelieferte  
 Marken haben keine Gültigkeit.  
 Etwa den Betrag von 100 Mark nicht  
 erreichende Marken sind im Oktober-  
 November 1921 beim Umtausch zu ver-  
 wenden.  
 Die bei der Ablieferung erhaltene Quit-  
 tung bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da  
 nur gegen Rückgabe derselben die Rückver-  
 gütung ausbezahlt wird.  
 7283  
**Der Vorstand.**

Ein  
 neues Buch  
 für junge und alte  
 Sozialdemokraten  
**ES  
 KLINGT  
 IM STURM  
 EIN ALTES  
 LIED**  
 von  
**JULIUS BRUHNS**  
 herausgegeben  
 zum 70. Geburtstag  
 Hermann Molkenbuhrs  
 Selbsterlebte Geschichten  
 aus der Sturm-  
 und Drangzeit der Partei  
 PREIS 14.— MARK  
 elegant gebunden.  
 Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 50.

**Der  
 Neue-Welt-Kalender  
 für 1922**  
 ist erschienen und zum Preise von 3 Mk.  
 zu haben in der  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
 („Lübecker Volksbote“), Johannisstr.

**Die neuen  
 Postgebühren**  
 — 50 Pfg. —  
**Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Neu erschienen!**  
**Vorwärts-  
 Kalender  
 1922**  
 in Tiefdruck, reich  
 illustriert, zum Preise  
 von Mk. 4.—  
**Lübecker Volksbote**  
 Johannisstraße 46.

**Achtung! Marktthalle**  
 Sonnabend Eröffnung  
 der Käsehalle!  
 Große Auswahl (7407)  
 zu billigen Preisen.  
**Konzertthaus  
 Lübeck.**  
 Für die Winter-  
 Saison sind meine  
**Säle und  
 Klubzimmer**  
 noch einige Sonn-  
 u. Wochentage frei.  
**Heinz Cyriacks.**  
 Tel. 43. (7246)

**Schwarz-rot-goldene  
 Schleifen  
 und Fahnen**  
 aller Art liefert zu Fabrikpreisen  
**Buchhandlung „Lübecker Volksbote“**  
 Johannisstraße 46.  
**Rechnungs-Formulare**  
 fertig prompt an-  
**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**